

1 L-01
2 Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD

3
4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5
6 **Unser Weg in NRW: Rot Pur! Eine neue Idee für**
7 **Nordrhein-Westfalen. Das bessere Morgen solidarisch**
8 **gestalten**

9
10 **1. Einleitung**

11
12 Das Ziel der Sozialdemokratie war immer: Das besse-
13 re Morgen. Wir wollen den Fortschritt gestalten. Einen
14 Fortschritt, der nicht mehr Macht oder mehr Reichtum
15 für Wenige bedeuten darf, sondern zu sozialem Fort-
16 schritt für alle werden muss. Diesem Anspruch wollen
17 wir neu gerecht werden. Eine grundlegende, begrün-
18 dete Zuversicht für die eigene Zukunft ist aber Bedin-
19 gung dafür, Veränderungen nicht zu fürchten, sondern
20 sie zu begrüßen. Die zweite Bedingung dafür, Verände-
21 rungen offen gegenüberzustehen, ist das Vertrauen in
22 die handelnden politischen Akteure, dass sie notwendi-
23 gen Wandel im Interesse der Menschen gestalten. Hier-
24 für müssen wir erkennbar machen, dass wir diese In-
25 teressen wahrnehmen, verstehen und ernstnehmen, in-
26 dem wir sie aktiv vertreten.

27
28 Die Sozialdemokratische Partei ist als Partei der Arbeit
29 in Zeiten paralleler Umbrüche doppelt gefordert. Zum
30 einen ist „die Arbeit“, als Schlüssel zu einem guten, ge-
31 lingen und vor allem selbstbestimmten Leben in
32 den vergangenen Jahrzehnten einem massiven Um-
33 bruch unterworfen. Neue Beschäftigungsformen, mehr
34 Befristungen, Wandel des Erwerbslebens, Veränderun-
35 gen der zeitlichen Souveränität vieler Beschäftigten an-
36 gesichts hoher Überstundenzahlen und digitaler Ar-
37 beitsformen auf der einen Seite. Aber auch die Verschie-
38 bung politischer Gewichte auf der Welt hin zu China
39 oder wenigen digitalen Megakonzerne in den USA, die
40 weltweiten Auswirkungen der Digitalisierung – all dies
41 beschleunigt den Umbruch und erzeugt nicht nur Zu-
42 versicht, sondern auch neue Fragen und löst Ängste aus.

43
44 Gerade jetzt heißt es für die SPD, den gleichen, gerech-
45 ten Zugang zur Arbeit für alle Menschen sicherzustel-
46 len und durch die Stärkung des Gedankens der Solidari-
47 tät neue Sicherheit im Wandel zu geben. Wir sind über-
48 zeugt: Neue Sicherheit im Wandel entsteht durch mehr
49 Solidarität aller. Mehr Solidarität entsteht durch massi-
50 ve Investitionen in den gesellschaftlichen, sozialen Zu-
51 sammenhalt, die Stärkung solidarischer Sicherungssys-
52 teme in Rente, Gesundheit und Arbeit.

53
54 Die Sozialdemokratie leitet der Gedanke eines zukunfts-
55 zuversichtlichen Blicks auf die kommende Welt. Wir
56 wissen, dass Herausforderungen durch Fortschritt zu lö-
57 sen sind und anstehende Veränderungen der Welt Ver-
58 besserungen bedeuten können. Doch hierfür müssen
59 wir etwas tun, gemeinsam und solidarisch streiten. Wir

Empfehlung der Antragskommission:
Annahme in der Fassung der Antragskommission

60 dürfen das Feld nicht länger den anderen überlassen.
61 Für die SPD in Deutschland geht es um viel. Wir haben
62 mit dem Europawahlergebnis vom Mai mit 15,8 Prozent
63 von den Wählerinnen und Wählern aufgezeigt bekom-
64 men, dass ein „Weiter so“ den Abschied von der Volks-
65 partei SPD bedeutet. Neben einer missglückten Kampa-
66 gne zur Europawahl liegen die Probleme sehr viel tief-
67 greifender. Es ist an der Zeit für die SPD zu entscheiden,
68 welche Interessen sie vertritt.

69
70 Im Juni 2019 haben wir zwei Stichwahlen und somit die
71 Bürgermeisterwahlen sowohl in Lage als auch in Stoll-
72 berg gewonnen. Das zeigt, da wo sich die SPD um die
73 täglichen Dinge der Menschen vor Ort kümmert, stellt
74 sich auch der Erfolg wieder ein. Deswegen gehen wir
75 selbstbewusst in die Kommunalwahl 2020.

76
77 Und selten war eine starke Sozialdemokratie auf dem
78 Platz wichtiger als heute. Doch wir brauchen die Klä-
79 rung grundlegender inhaltlicher Fragen, dies haben wir
80 auch bei der verlorenen Landtagswahl 2017 gemerkt.
81 Daher haben wir uns auf dem letzten Landesparteitag
82 auf den Weg gemacht, um mit unserem Prozess Rot-Pur
83 den zukünftigen Weg der NRWSPD zu beschreiben und
84 klare inhaltliche Positionen zu entwerfen. Denn in der
85 Gesellschaft ist etwas ins Rutschen gekommen:

86
87 In Nordrhein-Westfalen müssen auch heute noch zu
88 viele Menschen um ihre soziale Zukunft bangen, wäh-
89 rend wenige durch hohe Einkommen und Vermögen
90 umfassend abgesichert sind. Vielen fehlt es an be-
91 zahlbarem Wohnraum, während wenige sich luxuriö-
92 ses Wohnen überall leisten können. Vielen fehlt Zeit
93 für Familie und Erholung, weil sie für niedrige Einkom-
94 men viel und unter schlechten Bedingungen arbeiten
95 müssen. Vielen fehlt eine sichere Rente, während nur
96 wenige gelassen einem Alter im Überfluss entgegen-
97 sehen können. Zu viele Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
98 nehmer leiden unter niedrigen und unsicheren Löhnen,
99 während wenige hochbezahlt werden. Viele leiden un-
100 ter den Umweltproblemen, denen sich wenige durch
101 ihre finanziellen Möglichkeiten entziehen können. Und
102 nicht zuletzt sehen sich die Vielen, die jeden Tag hart für
103 sich und ihre Familien arbeiten oder das gern täten, bei
104 ihren Anstrengungen nicht gewürdigt und respektiert.
105 Die Zukunftsängste vieler Bürgerinnen und Bürger neh-
106 men stetig zu und sind Auslöser für Abstiegsangst.
107 „Hoffentlich geht es meinen Kindern mal besser“ wur-
108 de abgelöst durch „Hoffentlich wird es meinen Kindern
109 nicht schlechter gehen.“

110
111 Und das alles in einer Lage, in der es Deutschland wirt-
112 schaftlich gut geht. Genauer muss man sagen, Deutsch-
113 land geht es im Durchschnitt gut. Allerdings mit zu-
114 nehmend ungleichen Voraussetzungen. Denn mit dem
115 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturwan-
116 del werden die Wirkungen von Globalisierung, Digita-
117 lisierung und demografischem Wandel immer offen-

118 sichtlicher. In vielen Regionen NRWs verdichten sich
119 mittlerweile wirtschaftliche, soziale und demografische
120 Schiefenlagen zu einem Bündel von Problemen, während
121 andere Regionen prosperieren.

122
123 Wir sind fest davon überzeugt, dass die Bekämpfung
124 der sozialen Ungleichheit der Schlüssel zu einer lebens-
125 werteren Gesellschaft ist. Gleichere Gesellschaften füh-
126 ren zu mehr Lebenszufriedenheit, geringeren Zukunfts-
127 ängsten, weniger Kriminalität, einer gesünderen Bevöl-
128 kerung, besseren Bildungschancen, geringerer Arbeits-
129 losigkeit und größerem wirtschaftlichen Erfolg.

130
131 Doch der Zweck eines modernen Sozialstaats ist nicht
132 in erster Linie, Reichtum umzuverteilen. Sein Zweck ist
133 es, jedem Menschen soziale Rechte zu verleihen und Zu-
134 gang zu öffentlichen (Dienst-)Leistungen zu verschaf-
135 fen, die es ihm ermöglichen, ein selbstbestimmtes Le-
136 ben zu führen.

137
138 Selbstbestimmung ist die Fähigkeit, das Leben in die ei-
139 genen Hände zu nehmen.

140 Selbstbestimmung ist die höchste Form der Freiheit und
141 steht dabei in klarer Abgrenzung zum aktuellen Begriff
142 der „Eigenverantwortung“, die das Leben von Menschen
143 allein der Logik des Marktes unterwirft. Wer jedes Risiko
144 fürchten muss, weil jeder Fehler und jedes Unglück zu
145 einer existenziellen Bedrohung werden, kann weder fle-
146 xibel sein noch seine individuellen Möglichkeiten nut-
147 zen. Selbstbestimmung ist nur möglich, wenn es aus-
148 reichend soziale Sicherheit gibt, die es erlaubt, etwas zu
149 wagen, Initiative zu ergreifen.

150
151 Das ist der Grund, warum wir von einem starken soli-
152 darischen Sozialstaat sprechen, nicht aus Selbstzweck,
153 sondern zur Realisierung der Selbstbestimmung von
154 Vielen und nicht nur der Wenigen.

155
156 Deshalb haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialde-
157 mokraten immer die liberale Idee der Freiheit mit sozia-
158 ler Emanzipation verbunden. Und dazu müssen wir uns
159 den großen Fragen der Zeit zuwenden.

160
161 Wir erneuern unsere Zukunftsversprechen – Aufstieg
162 durch Bildung, Arbeit, die sich lohnt, Absicherung im
163 Alter. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
164 treten ein für den inneren und äußeren Frieden.

165
166 Und wir lassen nicht zu, dass Herkunft mehr über die
167 Zukunft des Einzelnen aussagt als seine Persönlichkeit.
168 Wir lassen nicht zu, dass gute Bildung von der Kita bis
169 zur (Hoch-) Schule vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

170
171 Lohnt sich harte Arbeit heute noch, wenn wir feststel-
172 len, dass die Reallöhne nicht in dem Maße wachsen
173 wie die Mietpreise, dass Befristungen zunehmen, Leih-
174 arbeit und Werkverträge Geschäftsmodelle geworden
175 sind? Bietet unser Sozialsystem noch eine tatsächliche

176 Absicherung im Alter, in Notlagen oder im Krankheits-
177 fall oder ist es mittlerweile statt eines Absicherungsver-
178 sprechens zu einem Abstiegsgepenst verkommen?
179

180 Wir sind überzeugt, dass wir neue Antworten geben
181 müssen, damit unsere Zukunftsversprechen in einer
182 veränderten Welt wieder gelten. Dazu müssen sich
183 nicht unsere Versprechen ändern, sondern wir müssen
184 die Verhältnisse verändern.
185

186 Dafür müssen wir auch mit falschen Glaubenssätzen
187 brechen, die die Sozialdemokratie von anderen über-
188 nahmen, die darum aber nicht richtiger wurden – im
189 Gegenteil. Es war der falsche Glaube an den Markt,
190 der es schon richten wird und es war die Übertreibung
191 der Eigenverantwortung des Einzelnen in einer Zeit der
192 Umbrüche, die am Ende Menschen alleingelassen hat.
193 Die Ökonomisierung immer weiterer Lebensbereiche
194 nimmt immer mehr zu. Wohnen – das wird der Markt
195 schon richten. Wie er es richtet, können wir aktuell be-
196 obachten: Immer mehr Bürgerinnen und Bürger können
197 sich ihre Wohnung nicht mehr leisten, aber die Rendi-
198 te stimmt. Die Arbeitslosenquote sinkt seit Jahren, aber
199 immer mehr Menschen sind in prekärer Beschäftigung
200 gefangen.
201

202 Daher müssen wir als erstes dafür sorgen, dass der soli-
203 darische Staat wieder das gewährleistet, was wir Men-
204 schen für ein würdevolles Leben brauchen: Bezahlbares
205 Wohnen, Mobilität in Stadt und Land, bezahlbare Ge-
206 sundheitsversorgung und gute Bildung, Sicherheit für
207 alle, faire Arbeit zu fairen Bedingungen.
208

209 Erkennbar wird aber eine Vision nicht aus der Summe
210 der Einzelteile und auch nicht in der Summe der Einzel-
211 maßnahmen von Regierungshandeln. Regierungshan-
212 deln und das Treffen notwendiger Kompromisse ist le-
213 bensnotwendig für unsere Demokratie. Aber vor einem
214 Kompromiss steht die Artikulation der eigenen Inter-
215 essen, genauer die Klarstellung, welche Interessen wir
216 im Blick haben und nicht der vorab getroffene Kompro-
217 miss. Wir sprechen über die Bedürftigkeitsprüfung, aber
218 eigentlich wollen wir doch eine Rente, die die Lebens-
219 risiken eines jeden einzelnen absichert. Wir wollen die
220 zahlreichen Ungerechtigkeiten unseres Steuersystems
221 wirksam bekämpfen und insbesondere die Umvertei-
222 lung von unten nach oben stoppen, aber wir reden da-
223 von, dass der Soli für die oberen 10 Prozent nicht ab-
224 geschafft wird. Die Aneinanderreihung von einzelnen
225 Maßnahmen ergibt noch kein Konzept, sondern wirkt
226 wie Stückwerk ohne Ziel.
227

228 Wir in Nordrhein-Westfalen haben uns daher beim letz-
229 ten Parteitag im Juni 2018 auf den Weg gemacht. Wir
230 entwickeln eine neue Idee für unser Land und ein ech-
231 tes sozialdemokratisches Angebot für die Wählerinnen
232 und Wähler, dieses Land voranzubringen, indem je-
233 der die Solidarität des Gemeinwohls erlebt, nicht den

234 kalten Staat, der sich nicht zuständig fühlt. Wir wol-
235 len den starken vorsorgenden Sozialstaat, der es mit
236 den egoistischen Auswüchsen des Kapitalismus auf-
237 nehmen kann und keinen neoliberalen, kaputtgespar-
238 ten Zwergenstaat. Wir wollen bedingungslose soziale
239 Sicherheit für alle, damit Not nicht zum Ende indivi-
240 dueller Träume führt. Wir wollen den proaktiven Staat,
241 der eingreift, bevor das Kind in den Brunnen gefallen
242 ist: Arbeitsversicherung statt Arbeitslosenversicherung,
243 proaktive Stadtentwicklung für den sozialen Frieden
244 und die Umsetzung unseres sozialdemokratischen Auf-
245 stiegsversprechens.

246
247 In den vier Zukunftsdebatten *Zukunft der Arbeit, Auf-*
248 *stiegschancen, Soziale Sicherheit* und *Solidarische Ge-*
249 *sellschaft* haben wir gemeinsam mit dem ganzen Lan-
250 desvorstand, der Landtagsfraktion und der Landesgrup-
251 pe, den Unterbezirken und Ortsvereinen, mit Gewerk-
252 schaften, der Wirtschaft und anderen gesellschaftli-
253 chen Gruppen einen Dialog begonnen. In den Unterbe-
254 zirken wurde über die wichtigen Fragen unserer Zeit dis-
255 kutiert und um Lösungen gerungen. Wir sind die Hälfte
256 der Strecke gegangen, in einigen Punkten sind wir schon
257 sehr weit, andere müssen weiter ausformuliert werden.
258 Hier wollen wir als NRWSPD auf dem Landesparteitag
259 wichtige Weichenstellungen für die weitere Diskussion
260 vornehmen. Auf diesem Wege schaffen wir das Funda-
261 ment für unser Wahlprogramm 2022 mit einem klaren
262 Profil für unsere NRWSPD.

263
264 Daneben haben zwei Kommissionen an Lösungen für
265 die drängenden Probleme unserer Zeit gearbeitet: die
266 Wohnungspolitische Kommission und die Rentenpoliti-
267 sche Kommission. Außerdem haben wir unsere Vorstel-
268 lungen eines gerechten Steuersystems in Deutschland
269 gezeichnet.

270
271 Und die AG „*Beste Bildung NRW – ein Leben lang*“ hat
272 ihre Arbeit fortgesetzt und ein grundlegend neues Bil-
273 dungskonzept für NRW vorgelegt, das wir nun gemein-
274 sam debattieren wollen.

275
276 Nicht zuletzt hat die Kommunalkampa ihre inhaltlichen
277 und organisatorischen Vorstellungen zur Vorbereitung
278 auf die Kommunalwahlen im September 2020 in den
279 letzten Monaten konkretisiert.

280
281 Sie hat zum letzten Parteitag mit den Kernthesen sozial-
282 demokratischer Kommunalpolitik wertvolle Impulse für
283 die kommunalpolitische Arbeit vor Ort geliefert und die-
284 se unter anderem in vier regionalen Veranstaltungen
285 diskutiert und weiterentwickelt. Dies hilft den Kommu-
286 nalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern konkret vor
287 Ort bei der Programmerstellung.

288
289 Organisatorisch schafft der Landesverband gemeinsam
290 mit den Unterbezirken und Kreisverbänden die Voraus-
291 setzungen dafür, dass die Kommunalwahlen erfolgreich

292 sein werden. In der Landesgeschäftsstelle wird über ei-
293 ne Stabsstelle die Kommunalwahl der zentrale Arbeits-
294 schwerpunkt der kommenden Monate werden und von
295 den Unterbezirken kann im Verbund mit dem Land
296 ebenfalls zusätzliches Personal eingestellt werden. Dar-
297 über hinaus hat der Landesvorstand bereits im Dezem-
298 ber 2018 zur Vorbereitung der Kommunalwahl weitere
299 Beschlüsse gefasst, deren Umsetzung jetzt bis zum Lan-
300 desparteitag vorbereitet wird.

301
302 Unser Ziel ist, die Kommunalwahlen 2020 als stärkste
303 Kraft zu gewinnen. Platz 2 ist uns nicht genug!

304
305 Unser Weg lautet: Mehr Gemeinwohl, mehr Solidarität,
306 Zeit für einen handlungsfähigen Sozialstaat, Zeit für Rot
307 Pur!

308
309 **1.1. Handlungsfähigkeit stärken – Solidarität erneuern:**
310 **Für einen starken solidarischen Staat!**

311
312 Die gerechte Finanzierung unseres Gemeinwohls ist
313 die notwendige Bedingung für die Gestaltung der Zu-
314 kunft der Arbeit, von Aufstiegschancen, sozialer Sicher-
315 heit und einer solidarischen Gesellschaft. Deshalb stel-
316 len wir unsere Vorstellung einer gerechten Steuerpolitik
317 voran:

318
319 Wir wollen einen handlungsfähigen Staat, der nicht
320 immer mehr öffentliche Aufgaben zum Privatvergnü-
321 gen von wenigen Privilegierten umetikettiert, die sich
322 Normalsterbliche nicht leisten können. Die Aussetzung
323 der Vermögenssteuer und die drastische Senkung des
324 Spitzensteuersatzes haben die wirklich Reichen entlas-
325 tet. Die Einnahmehausfälle hat die große Mehrheit der
326 Klein- und Mittelverdiener mit der erhöhten Mehrwert-
327 steuer aufgefangen. Mega-Erbschaften sind dagegen
328 praktisch von der Erbschaftsteuer befreit. Diese Privile-
329 gierung von Vermögenserwerb ohne eigene Leistung ist
330 ein Schlag ins Gesicht für Millionen von Erwerbstätigen,
331 die sich für den Lohn ihrer Arbeit abmühen und Steuern
332 zahlen.

333
334 Dazu kommt, dass jedes Jahr ein dreistelliger Milliar-
335 denbetrag ins Ausland geschleust oder hier im Land
336 selbst abgezweigt wird. Im Ergebnis zahlen auch hier
337 die Normalverdienenden für einen kleinen Kreis von be-
338 sonders Wohlhabenden mit. Damit muss Schluss sein!

339
340 Die SPD steht schon lange ein für die konsequen-
341 te Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuervermei-
342 dung: Deshalb haben wir konkrete Schritte entwickelt,
343 um Schlupflöcher zu schließen und Steuerbetrug wirk-
344 sam zu bekämpfen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben
345 in unserer Regierungszeit bewiesen, dass vieles geht,
346 wenn man es nur anpackt.

347
348 Wir wollen die Konservativen und Liberalen mit ihrem
349 Mantra von der „Leistung, die sich wieder lohnen muss“

350 künftig noch konsequenter beim Wort nehmen und
351 darüber streiten, wer alles zu den Leistungsträgern in
352 unserem Land gehört – von der Pflegekraft über das
353 Lehrpersonal bis zur Industriearbeiterin, vom Software-
354 Entwickler bis zur Firmenchefin. Wir wollen aber auch
355 für alle die Voraussetzungen schaffen, dass sie auch
356 morgen ihre Leistung erbringen können und dafür fair
357 bezahlt und fair besteuert werden.

358
359 Dazu brauchen wir dringend eine Neujustierung der
360 geltenden Steuerregeln, auch jener, die wir einmal in
361 bester Absicht mit auf den Weg gebracht haben. Zur
362 Glaubwürdigkeit der Politik gehört auch die Fähigkeit
363 zur Kurskorrektur in sich ändernden Zeiten. Wir stehen
364 für die Rückgewinnung eines handlungsfähigen Staa-
365 tes, für die Investition in die Zukunft:

- 366
- 367 • Wir stehen ein für ein gerechtes Steuersystem.
368 Steuern sind kein Selbstzweck, sondern die Basis für
369 einen handlungsfähigen Staat. Gerechtigkeit be-
370 ginnt nicht beim Verteilen von Geldern, sondern bei
371 den Einnahmen durch eine gerechte Steuer- und Fi-
372 nanzpolitik.
 - 373 • Wir wollen, dass der Grundsatz wieder gilt: Star-
374 ke Schultern tragen mehr als schwache. Die Aus-
375 setzung der Vermögenssteuer und die drastische
376 Senkung des Spitzensteuersatzes haben die wirk-
377 lich Reichen entlastet. Die Einnahmehäufung hat
378 die große Mehrheit der Klein- und Mittelverdie-
379 ner mit der erhöhten Mehrwertsteuer aufgefan-
380 gen: Wir stehen für eine Erhöhung des Steuersat-
381 zes für sehr hohe Einkommen, für eine substanzielle
382 Erbschaftsteuer für besonders hohe Erbschaften
383 und eine wirkliche Entlastung der unteren und mitt-
384 leren Einkommen und effektive Maßnahmen gegen
385 den Steuerbetrug und Steuerumgehung. Wir be-
386 kräftigen unsere Forderung nach einer Digitalsteu-
387 er und einer Finanztransaktionssteuer. Unseren Im-
388 puls für den Umbau des Steuersystems haben wir
389 gemeinsam mit der SPD Hessen entwickelt, diesen
390 schicken wir euch anbei.

391
392 **Wie wir uns diese Kursneubestimmung konkret vorstel-**
393 **len, seht ihr in unserem Antrag L03 Handlungsfähigkeit**
394 **stärken – Solidarität erneuern: Für einen starken solida-**
395 **rischen Staat!**

396 397 **1.2 Bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum für alle** 398 **Menschen in Nordrhein-Westfalen**

399
400 Das aus unserer Sicht derzeit drängendste Problem, für
401 das es politischer Antworten bedarf, ist ein völlig über-
402 fordertes Wohnungsmarkt, der offensichtlich nicht in
403 der Lage ist, das menschliche Bedürfnis nach einem
404 bezahlbaren Zuhause zu erfüllen. Unter der Annahme,
405 dass Menschen nicht mehr als 30 Prozent ihres verfüg-
406 baren Einkommens für Wohnen ausgeben sollen, feh-
407 len in NRW je nach Untersuchungen bis zu 550.000 be-

408 zahlbare Wohnungen, das Wohnungsproblem ist in der
409 Mitte unserer Gesellschaft angekommen. Wegen der
410 Dringlichkeit dieser Problemlage, behandeln wir sie in
411 einem gesonderten Antrag und greifen sie hier auf:

412
413 Die NRWSPD steht für einen Kurswechsel in der Woh-
414 nungspolitik. Hin zu einer Gemeinwohlorientierung vor
415 Renditeinteressen. Daher stehen wir für:

- 416
- 417 • eine neue Säule in der Wohnungsförderung, die
- 418 dem Gemeinwohl dient.
- 419 • die Gründung einer landeseigenen Wohnungsbau-
- 420 gesellschaft.
- 421 • den Aufbau von Boden- und Infrastrukturfonds für
- 422 die Kommunen mit Hilfe des Landes und des Bun-
- 423 des.
- 424 • das Erbbaurecht als Regelfall, also der Vergabe kom-
- 425 munaler Nutzungsrechte anstelle eines Verkaufs
- 426 von Boden.

427
428 Wir stehen für einen Bruch mit falschen Glaubenssät-
429 zen, um wieder eine Sozialdemokratische Politik für die
430 vielen der solidarischen, ehrlichen und fleißigen Men-
431 schen in unserem Land umsetzen zu können. Darum be-
432 greifen wir den Staat als Akteur und zentrale Ebene zur
433 Umsetzung unserer Ziele.

434
435 In den Mittelpunkt unserer Politik stellen wir daher die
436 wirklichen Probleme der Menschen und stellen uns da-
437 her den Ursachen der Probleme, nicht nur den Folgen.
438 Das soziale Grundrecht auf bezahlbares Wohnen ist die
439 soziale Frage des Jahrzehnts, die wir lösen werden.

440
441 **Wie wir uns diese Kursneubestimmung konkret vorstel-**
442 **len, seht ihr in unserem Antrag L05 „Wohnen ist ein so-**
443 **ziales Menschenrecht und schafft Heimat für alle – Dar-**
444 **um: Bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum für alle**
445 **Menschen in Nordrhein-Westfalen“**

446
447 **2. Die Zukunft gemeinsam gewinnen. NRWSPD anders**
448 **bessermachen. Rot Pur! – Unsere Debatten für die Zu-**
449 **kunft**

450
451 Mit dem beschlossenen Leitantrag beim Landespartei-
452 tag im Juni 2018 in Bochum haben wir uns darauf ver-
453 ständigt, die NRWSPD programmatisch auf die Höhe
454 der Zeit zu bringen. Dabei wollen wir aus NRW her-
455 aus mit eigenen inhaltlichen Impulsen Motor und Takt-
456 geber auch für den bundespolitischen Erneuerungspro-
457 zess werden. Wenn wir in Wahlen wieder erfolgreich
458 sein wollen, dürfen wir uns nicht von Umfragen und
459 hektischen Tagesparolen treiben lassen, sondern müs-
460 sen ein klares, unverwechselbares Angebot entwerfen,
461 das einen guten Weg in die Zukunft beschreibt. Wir
462 müssen diejenigen sein, die die Antworten geben und
463 die konsequent handeln. Wir müssen Schluss machen
464 mit dem Gemischtwarenladen und uns auf sozialdemo-
465 kratische Politik für die arbeitende, soziale Mitte in die-

466 sem Land konzentrieren. Kurz: „Rot Pur!“. Rot Pur!“ ist
467 ein Prozess, der alle Ebenen der Partei erfassen soll. Es
468 geht um inhaltliche Klärungen, Schaffung neuen Selbst-
469 vertrauens der Sozialdemokratie und um eine Kursklä-
470 rung. Und dies alles haben wir gemeinsam mit euch
471 im sogenannten „Gegenstromprinzip“ entwickelt. Das
472 Ziel ist die weitere Verdichtung zu einem Zukunftsbild
473 NRWs und einer lebenswerten Gesellschaft. Hier unse-
474 re Impulse aus den vier Zukunftsdebatten in folgender
475 Reihenfolge. Das ist nicht das Ende der Diskussion, son-
476 dern wir führen sie weiter. Denn wir wissen, die Summe
477 der Einzelteile ergibt noch kein Gesamtbild. Ausgangs-
478 punkt unserer Überlegungen war:

479
480 ZUKUNFT DER ARBEIT – Wie verändern sich Wirtschaft
481 und Arbeit und was sind unsere sozialdemokratischen
482 Antworten darauf?

483
484 AUFSTIEGSSCHANCEN – Wie schaffen wir beste Bildung
485 und machen das Aufstiegsversprechen wieder wahr?

486
487 SOZIALE SICHERHEIT – Wie schaffen wir den solida-
488 rischen Sozialstaat, der den Menschen in den Mittel-
489 punkt seines Handelns stellt?

490
491 SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT – Wie organisieren wir
492 das Zusammenleben in unserem Staat?

493 494 **2.1 Zukunft der Arbeit**

495
496 *Unser Leitmotiv: Zukunft gestalten*

497 *Unser Versprechen: Wachstum und Wohlstand*

498 *Unsere Ziele: Nachhaltige Wirtschaft und Humane Arbeit*

499

500 **Den wirtschaftlichen Strukturwandel gesellschaftlich ge-** 501 **stalten, damit die Wirtschaft für den Menschen da ist**

502

503 Wirtschaft und Gesellschaft befinden sich mitten in ei-
504 ner radikalen Umbruchphase. Digitalisierung und die
505 Energiewende verändern das Wirtschaften grundle-
506 gend – ob sie es verbessern werden, liegt an uns. Der
507 Strukturwandel der Digitalisierung und Dekarbonisie-
508 rung beschränkt sich nicht auf eine Region oder eine
509 Branche. Er wird alle Bereiche des Wirtschaftens und Le-
510 bens erreichen.

511

512 **Nachhaltiges Wachstum und Wohlstand für die Vielen**

513

514 Digitalisierung und Energiewende bergen das Potenzi-
515 al eines Zuwachses an nachhaltiger Produktivität und
516 Wohlstand für viele in unserem Land und darüber hin-
517 aus. Ein Selbstläufer ist das nicht: Die Entwicklung der
518 letzten Jahrzehnte hat gezeigt, dass Wachstum nicht
519 gleich Wohlstand ist. Nicht nur der Klimawandel und
520 die übermäßige Inanspruchnahme natürlicher Ressour-
521 cen, sondern auch die sich vertiefende soziale und ge-
522 sellschaftliche Spaltung der letzten zwanzig Jahre sind
523 ein Beleg dafür, dass die herkömmliche Weise des Wirt-

524 schaftens längst an ihre sozialen und ökologischen
525 Grenzen stößt. Sie richtet sich gegen die vitalen Inter-
526 essen der großen Mehrheit der Menschen in unserem
527 Land und auf diesem Planeten.

528

529 Wir haben heute die technischen Möglichkeiten, un-
530 ser Land mit sauberer Energie zu versorgen. Digita-
531 le Anwendungen revolutionieren Produktionsprozesse
532 und Geschäftsmodelle; sie können monotone und kör-
533 perlich beanspruchende Tätigkeiten ersetzen, räumlich
534 und zeitlich flexible Arbeit ermöglichen und sind in der
535 Lage einen neuen dynamischen Wachstumspfad zu be-
536 schreiben. In der Realität jedoch droht die Energiewen-
537 de im herkömmlichen System stecken zu bleiben. Die
538 Digitalisierung ihrerseits erhöht vor allem das Tempo
539 des weltweiten Finanzkapitalismus in geradezu irrwit-
540 ziger Weise und verhilft mit der Macht der Konzerne
541 über Algorithmen Wenigen zu unermesslichem Reich-
542 tum, während Viele die Entgrenzung ihrer Arbeit und
543 übermäßigen Stress verkraften müssen. Um technische
544 Möglichkeiten umfassend für wirtschaftliche, soziale
545 und ökologische Innovation nutzbar zu machen, bedarf
546 es also der politischen Gestaltung des Strukturwandels
547 unserer Zeit.

548

549 Soziale und wirtschaftliche Ungleichheit ist längst ein
550 wesentlicher Grund für die Blockade von nachhalti-
551 gem Wachstum und gesellschaftlichem Wohlstand. Oh-
552 ne die gerechte wirtschaftliche Beteiligung derjenigen,
553 die mit ihrer Hände und Köpfe Arbeit unser aller Wohl-
554 stand wesentlich schaffen, bleibt am Ende nur eine Frei-
555 heit für Wenige. Die Freiheit der Vielen setzt voraus,
556 dass Selbstbestimmtheit eine sichere ökonomische Ba-
557 sis hat. In einer Gesellschaft, in der die Wirtschaft für
558 den Menschen da ist und nicht umgekehrt, sind eine
559 wirksame demokratische Regulierung von wirtschaft-
560 lichen Prozessen und öffentliche Investitionen in In-
561 frastruktur, nachhaltiges Wirtschaften und soziale Da-
562 seinsvorsorge unverzichtbar. Nur so kann eine Wirt-
563 schaftsordnung auf Dauer stabil und erfolgreich sein.

564

565 Unser Ziel ist sozialer, ökologischer und wirtschaft-
566 lich nachhaltiger Wohlstand für die Vielen statt immer
567 mehr Reichtum für die Wenigen. Wir wollen, dass die ar-
568 beitenden Menschen die Anerkennung erhalten, die sie
569 verdienen. Den technologischen Fortschritt durch die
570 Digitalisierung und die Energiewende wollen wir nut-
571 zen, damit es der großen Mehrheit der Menschen besser
572 geht.

573

574 Dieser Fortschritt für ein besseres Leben kommt nicht
575 von allein, und er kommt nicht durch den Markt, durch
576 Verzicht oder das „richtige“ Verhalten des Einzelnen zu-
577 stande, sondern durch gemeinsames, solidarisches En-
578 gagement und die demokratische Gestaltung des Struk-
579 turwandels durch staatliche Investition und Regulie-
580 rung, damit er gelingt und die Menschen mitnimmt. Die
581 Akteure in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Gewerk-

582 schaften müssen dafür in ihrer Verantwortung gestärkt
583 werden.

584

585 **Die Potenziale der Digitalisierung für Wohlstand und**
586 **gute Arbeit heben**

587

588 Die hohe Produktivität der digitalisierten Wirtschaft
589 bietet nicht nur die Möglichkeit einer Erhöhung der
590 Lohnneinkommen in Produktion und Handel. Sie ist auch
591 die Grundlage für eine auskömmliche Finanzierung von
592 guter Arbeit im Bildungs- und Sozialwesen, wenn im
593 Rahmen einer intersektoralen Umverteilung diese Ren-
594 dite der gesamten Wirtschaft zugutekommt. Entspre-
595 chend wirksame regulatorische und steuerliche Maß-
596 nahmen beruhen auf dem Prinzip der Besteuerung am
597 Ort der Leistungserbringung sowie darauf, die digitale
598 Rendite bei gleichzeitiger Entlastung des Faktors Arbeit
599 deutlich höher zu besteuern.

600

601 Der digitale Kapitalismus bringt, getrieben durch Netz-
602 werkeffekte und Big Data, eine zunehmende Monopo-
603 lisierung und Machtanhäufung neuer, in nie gekannter
604 Weise global operierender „Mega-Firmen“ und mächtiger
605 Finanzfonds hervor. Notwendig ist eine regulatorische
606 Einhegung dieser Monopolmacht, um dem Primat
607 der Politik wieder Geltung zu verschaffen. Dabei spie-
608 len die Wiedererlangung und Sicherstellung der Souve-
609 ränität über die eigenen Daten auch ökonomisch eine
610 entscheidende Rolle. Die staatliche Verantwortung für
611 den gleichberechtigten Zugang zu digitaler Infrastruk-
612 tur als neuer Form der Daseinsvorsorge darf nicht durch
613 den technologischen Vorsprung privater Konzerne au-
614 ßer Kraft gesetzt werden. Auch dort wo private Konzerne
615 in den Infrastruktur-Auf- und Ausbau eingebunden
616 werden, muss der staatliche Einfluss wieder durchge-
617 setzt werden.

618

619 Auch digitale Plattformen dürfen sich der demokrati-
620 schen Kontrolle nicht entziehen. Hierzu schlagen wir
621 die Einrichtung von Nutzerräten vor. Dort, wo es sich
622 um „virtuelle öffentliche Infrastruktur mit Rahmenset-
623 zungskompetenz“ handelt (virtuelle Marktplätze, Such-
624 maschinen u.ä.), sind strenge Transparenz- und Öff-
625 nungsregeln für den Zugang oder aber die Organisati-
626 on in öffentlicher Eigentümerschaft geboten. Darüber
627 hinaus sind die Stärkung öffentlicher und genossen-
628 schaftlicher Unternehmen sowie die Monopolbekämp-
629 fung z.B. durch Aufteilung, Fusionskontrolle oder staat-
630 lich garantierten Zugang zu den wesentlichen Produkti-
631 onsmitteln (z.B. Daten) Maßnahmen zur Demokratisie-
632 rung des Netzes.

633

634 Die Digitalisierung bewirkt aber auch an vielen Stel-
635 len die Dezentralisierung ökonomischer Prozesse und
636 die Kontrolle wirtschaftlicher Macht durch Transparenz.
637 Sie bietet die technische Grundlage für ganz neue For-
638 men kooperativer Wirtschaftsweisen, wie etwa open
639 source basierte Software, Ansätze von open production

640 und open innovation und sharing economy. Mit der För-
641 derung gemeinnützig und genossenschaftlich organi-
642 sierter digitaler Plattformen können neue Teilhabemög-
643 lichkeiten in der digitalen Wirtschaft und der digitalen
644 Kommunikation entstehen.

645

646 **Auf Innovation setzen – besser werden, nicht billiger**

647

648 Wettbewerb endlich wieder um die besten Lösungen!
649 Wir setzen auf Innovationen bei Produkten und Dienst-
650 leistungen und die Menschen, die diese als Wissen-
651 schaftlerinnen und Wissenschaftler und Fachkräfte ent-
652 wickeln. Deshalb fördern wir die Innovationskraft und
653 geben dem Wettbewerb neue Regeln sowie soziale und
654 ökologische Standards (Fairtrade-Zertifizierungen, ILO-
655 Normen, CO2-Bepreisungen), die ihn international, eu-
656 ropäisch und auf nationaler Ebene zivilisieren und der
657 Realwirtschaft wieder Vorrang vor der Finanzwirtschaft
658 einräumen.

659

660 Ein solcher neuer Rahmen für einen Wettbewerb um
661 die besten Lösungen und nicht um die billigste Produk-
662 tion und die schnellste Rendite ist unsere Antwort auf
663 den neoliberalen unregulierten Finanzkapitalismus. Wir
664 überlassen die Zukunft nicht anonymen Märkten. Im
665 Mittelpunkt der notwendigen Wende hin zu einer nach-
666 haltigen Wirtschafts- und Lebensweise steht für uns
667 nicht ein Verzicht, sondern ein Gewinn an Lebensqua-
668 lität für die Vielen.

669

670 **Soziale und ökologische Innovationen voranbringen**

671

672 Die umfassende soziale und ökologische Regulierung
673 von Märkten hilft, bisherige Pfade zu verlassen und
674 technische Potenziale gesellschaftlich sinnvoll zu nut-
675 zen. Die Grundlagen für die notwendigen Innovationen
676 liegen in der öffentlich verantworteten und finanzier-
677 ten Bildung und Forschung, deren Anwendung durch
678 öffentliche, zivilgesellschaftliche und privatwirtschaft-
679 liche Akteure Innovationen hervorbringt. Eine gesell-
680 schaftlich gelungene Innovationsförderung berücksich-
681 tigt immer dieses Wechselspiel. Motivation, Kreativität
682 und Gestaltungswille gibt es dafür sowohl bei gewinn-
683 orientierten, sozial-ökologisch orientierten zivilgesell-
684 schaftlichen oder öffentlichen Unternehmerinnen und
685 Unternehmern. Wir wollen eine Wirtschaftsweise, die
686 die Begrenztheit der natürlichen Ressourcen und der
687 planetarischen Ökosysteme anerkennt und als Antrieb
688 für Innovation und gesellschaftliche Lösungen versteht.
689 Individuelles Verhalten und Können sind dabei wichtig,
690 werden aber nur durch kollektive, gesellschaftlich ver-
691 ankerte Lösungen wirksam für alle.

692

693 Der Kommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäf-
694 tigung“ kommt das Verdienst zu, den Umstieg von der
695 Kohleverstromung auf eine regenerative Energieversor-
696 gung als ein solches ökonomisches und soziales Dek-
697 adenprojekt definiert zu haben. Sie ist damit Vorlage für

698 ähnliche sektorale Herausforderungen in anderen Wirt-
 699 schaftsbereichen. Ergänzend dazu ist eine übergreifen-
 700 de sozial-ökologische Industriepolitik notwendig, die
 701 die dynamische Bestandsentwicklung der bestehenden
 702 industriellen Kerne und den Aufbau neuer industriell-
 703 er Kerne in wesentlichen Leitmärkten zum Ziel hat. Ei-
 704 ne solche Leitmarktstrategie ist unterlegt mit Wissens-
 705 und Technologietransfers, staatlichen und privaten In-
 706 vestitionsfonds, Förderungen und Anschubfinanzierun-
 707 gen, die eine eigenständige Entwicklung und Fortfüh-
 708 rung ermöglichen.

709

710 **Der Globalisierung durch transnationale Regeln begeg-** 711 **nen**

712

713 Die von Populisten propagierte Rückkehr zur Beherr-
 714 schung der Märkte durch die nur vermeintlich star-
 715 ken Nationalstaaten ist die falsche Antwort auf die
 716 Herausforderungen der Globalisierung. Die Institutio-
 717 nen, die geschaffen wurden, um Märkte und Handel
 718 zu liberalisieren, sind vielmehr auch der Ausgangspunkt
 719 für die Regulierung von Märkten. Beispiele dafür sind
 720 die EU-Finanztransaktionssteuer oder das Pariser Kli-
 721 maschutzabkommen. Auch multilaterale Handelsab-
 722 kommen sind geeignet, zu einer stärkeren Regulierung
 723 des Welthandels beizutragen – entscheidend ist, wel-
 724 che Vereinbarungen die Partnerinnen und Partner als
 725 Grundlage für den barrierefreien gemeinsamen Handel
 726 treffen. Deutschland muss gemeinsam mit Frankreich
 727 und anderen Partnerinnen und Partnern seinen Einfluss
 728 in der Europäischen Union nutzen, um diese zu einem
 729 Motor für einen fairen Welthandel und die Zurückdrän-
 730 gung der Macht der transnationalen Konzerne, digita-
 731 ler Monopolstrukturen und internationaler Finanzspe-
 732 kulanten zu machen.

733

734 Wir wollen eine gemeinwohlorientierte Regulierung
 735 von Finanzmärkten und die deutlich höhere Besteue-
 736 rung leistungsloser Kapitaleinkommen zur Umvertei-
 737 lung der Innovationsrenditen zugunsten der Gesell-
 738 schaft, die diese Innovation erst möglich gemacht hat.
 739 Investmentfonds sind immer noch nicht reguliert. Mit
 740 12 Bio. Euro (2017) entsprechen ihre Engagements im
 741 Euroraum ca. 120 Prozent des Euro-BIP. Sie können bei
 742 Finanzkrisen erheblichen Schaden für die Volkswirt-
 743 schaften anrichten und müssen deshalb dringend eben-
 744 so reguliert werden wie Banken und an den europäi-
 745 schen Krisenmechanismen finanziell beteiligt werden.
 746 Wir sind davon überzeugt, dass die breitere und gerech-
 747 tere Verteilung des Wohlstandes sich nicht nur logisch
 748 aus der Tatsache ableitet, dass unser Wohlstand we-
 749 sentlich auf menschlicher Arbeit beruht, sondern dass
 750 sich dadurch auch gesellschaftlich sinnvolle Innovati-
 751 on und wirtschaftliche Dynamik nachhaltiger entwi-
 752 ckeln. Die Jagd nach quartalsweiser Renditeoptimie-
 753 rung zugunsten privater Spekulanten produziert nicht
 754 nur Ungerechtigkeit, sondern für die Wirtschaft insge-
 755 samt selbstzerstörerische Finanz- und Wirtschaftskri-

756 sen.

757

758 Auf globaler Ebene treten wir für einen regelbasierten
759 Multilateralismus ein, der sich – wie in Europa auch –
760 heute jedoch fragen muss, welche Bündnispartner die-
761 ses Regeln noch folgen wollen. Hier dürfen wir nicht
762 darauf warten, dass der Wind sich dreht, sondern müs-
763 sen die Koalition der Willigen im Rahmen der Institu-
764 tionen suchen, sei es bei der Finanzmarktregulierung,
765 regionaler Konfliktlösung oder des Klimaschutzes, um
766 durch eigens Handeln voranzugehen. Freihandelsab-
767 kommen müssen eine Machtgleichheit zwischen den
768 Interessen von Beschäftigten, der öffentlichen Hand,
769 der Umwelt und den Unternehmen sicherstellen, wir
770 setzen auf die rechtsstaatlichen Systeme der beteiligten
771 Länder; wo darüber hinaus Schlichtung nötig ist, müs-
772 sen Arbeitnehmer und Staaten die gleichen Rechte wie
773 Unternehmen bekommen.

774

775 In Europa kommt der deutschen Politik eine zentra-
776 le Rolle zu. Die egoistische Dominanz einer deutschen
777 Wirtschaftspolitik, die der Sicherung der deutschen Ex-
778 portüberschüsse und der Durchsetzung der Sparpoli-
779 tik zulasten von Investitionen, Löhnen und Renten Vor-
780 rang gegeben hat, ersetzen wir durch eine politische
781 Pionierrolle Deutschlands, die dem Zusammenhalt Eu-
782 ropas und einem sozial gerechten und ökologisch ver-
783 träglichen wirtschaftlichen Fortschritt in ganz Euro-
784 pa durch Bündelung der gemeinsamen Interessen Vor-
785 rang gibt. Um die von den Finanzmärkten selbst aus-
786 gehenden Risiken für die europäischen Volkswirtschaf-
787 ten zu begrenzen, sind in Europa weitere Regulierun-
788 gen notwendig. Die Kosten der nächsten Krise der Fi-
789 nanzmärkte müssen von den Verursachern direkt getra-
790 gen werden. Die Macht systemrelevanter Akteure muss
791 begrenzt werden. Das Trennbankensystem muss ein-
792 geführt werden, um die Spareinlagen vor spekulativen
793 Geschäften zu sichern. Darüber hinaus muss der Euro-
794 päische Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem hand-
795 lungsfähigen Europäischen Währungsfonds im Rahmen
796 der EU-Verträge und mit demokratischer Kontrolle aus-
797 gebaut werden. Die Europäische Union verfügt mit ih-
798 rer eigenen Währung über die notwendige regulatori-
799 sche Schlagkraft, um die im globalen Markt herrschen-
800 den Dynamiken wirksam zu beeinflussen.

801

802 **Die Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten gestalten –**
803 **Teilhabe ermöglichen**

804

805 Die menschliche Arbeit bleibt neben der Natur die Quel-
806 le allen Wohlstands. Den Menschen, welche die für un-
807 seren gesellschaftlichen Wohlstand notwendige Arbeit
808 leisten, steht ein gerechter Anteil am Haben und Sagen
809 zu.

810

811 **Es ist Zeit für eine Humanisierung der Arbeitswelt.**

812

813 Wenig beschäftigt die Menschen mehr als gute Arbeit.

814 Sie legt die wesentliche Grundlage des Menschen –
815 unabhängig von Geschlecht oder Herkunft – für das
816 gleichberechtigte selbstbestimmte Leben in der Ge-
817 meinschaft. Die Art, wie wir wirtschaften und arbei-
818 ten, entscheidet in einem hohen Maße über unser Le-
819 ben. Gute Arbeit zu einem fairen Lohn bleibt für die Vie-
820 len die Grundlage für ein gelingendes Leben. Arbeits-
821 zufriedenheit, die Balance zwischen Arbeit und Freizeit
822 wie auch die Selbstverwirklichung in der Arbeit erhal-
823 ten zu Recht einen immer höheren Stellenwert. Mehr
824 noch: Reicht der Lohn der täglichen Arbeit nicht aus, ist
825 Wohnen nicht nur im Ballungsraum eine unzumutbare
826 finanzielle Belastung und die Angst vor der Zukunft der
827 alltägliche Begleiter. Reicht der Lohn für die Altersvor-
828 sorge nicht aus, ist Altersarmut vorprogrammiert.

829
830 Ein gutes Auskommen und gleichzeitig Anerkennung,
831 Sinnstiftung und die Erfüllung eines selbstbestimmten,
832 glücklichen Lebens sind für uns untrennbare Bestand-
833 teile der Arbeit. Arbeit ist Teil der Würde des Menschen.
834 Sie ermöglicht Teilhabe, Fortkommen und Aufstieg. Der
835 Mensch steht für die Sozialdemokratie mit seinen Fä-
836 higkeiten und Rechten im Mittelpunkt. Darum treten
837 wir dafür ein, dass aus technischem Fortschritt auch
838 sozialer Fortschritt entsteht und deshalb ist Gute Ar-
839 beit zu fairen Löhnen für uns Maßstab einer erfolgrei-
840 chen Wirtschaftspolitik. Durch staatliches und tarifpo-
841 litisches Handeln lässt sich dieser Maßstab umsetzen
842 und damit der Wandel der Arbeitsgesellschaft für eine
843 Humanisierung der Arbeitswelt nutzen.

844
845 **Digitalisierung und Energiewende. Herausforderungen**
846 **für die Arbeitswelt.**

847
848 Zusätzlich zum globalen Wettbewerb stellen die Digi-
849 talisierung und die Energiewende, die Arbeitswelt vor
850 immense Herausforderungen. Nicht nur die Art, wie wir
851 Wirtschaften, sondern auch die Art wie und wo wir ar-
852 beiten, wird sich rasant wandeln. Qualifikationen, Be-
853 rufsbilder, ja ganze Branchen stehen unter erheblichem
854 Veränderungsdruck. Die Anpassungsleistung, die in frü-
855 heren Zeiten an der Grenze zu einer neuen Beschäf-
856 tigtengeneration realisiert werden musste, ist heute
857 mitten in den aktiven Belegschaften notwendig. Die-
858 ses Tempo der notwendigen Veränderungen setzt die
859 Beschäftigten unter Stress. Die Aussicht, dass die eige-
860 ne Qualifikation entwertet werden könnte, macht vie-
861 len, insbesondere älteren Arbeitnehmerinnen und Ar-
862 beitnehmern Angst. Der dramatische Strukturwandel in
863 bislang bestimmenden Branchen droht das Selbstwert-
864 gefühl der dort Beschäftigten zu untergraben. Um die
865 Menschen im Wandel mitzunehmen, bedarf es mehr als
866 nur der materiellen Absicherung. Notwendig ist, dass
867 sie in die Lage versetzt werden, den Wandel als Chance
868 auch für ihre eigene Berufsbiographie zu gestalten. Ge-
869 rade in der Energiewende gilt: Da wo neue regenerative
870 Technologien an die Stelle von bisherigen fossilen Tech-
871 nologien treten, bauen diese auf der über Generationen

872 gewachsenen Kompetenz und Wertschöpfung auf. Oh-
873 ne diese Wirtschaftskraft wären wir nicht in der Lage die
874 Energiewende zu meistern.

875
876 Auch die Gestalt der Arbeit selbst wandelt sich. Nicht
877 nur die schon seit Jahren zu beobachtende Spaltung in
878 Kern- und Randbelegschaften, sondern auch die immer
879 weiter verschwimmende Grenze zwischen selbststän-
880 digen und nichtselbstständiger Arbeit erfordern eine
881 neue staatliche und tarifpolitische Gestaltung. Durch
882 die Auflösung sozialstaatlicher und betrieblicher Struk-
883 turen werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
884 selbst in die Rolle eines Unternehmers der eigenen Ar-
885 beitskraft gedrängt und müssen diese ungeschützt am
886 Markt verkaufen. Neue Formen der digitalen Tagelöhne-
887 rei wie Crowd- und Clickworking, das Anwachsen pre-
888 kärer Arbeitsverhältnisse im Onlinehandel und zuneh-
889 mende Möglichkeiten der Überwachung von Beschäf-
890 tigten stellen besonders negative Auswüchse der di-
891 gitalen Arbeitswelt dar. Entgrenzung der Arbeit durch
892 das Verschwimmen von Arbeit und freier Zeit, Arbeits-
893 verdichtung, dauerhafte Erreichbarkeit und steigender
894 Stress haben inzwischen fast alle Arbeitsbereiche er-
895 fasst.

896
897 Auf der anderen Seite ermöglicht die Digitalisierung
898 für immer mehr Menschen durch weitgehend zeit- und
899 ortsunabhängiges Arbeiten neue Flexibilität und pass-
900 genaue Arrangements. Die Vereinbarkeit von Familie
901 und Beruf, die Selbstverwirklichung in der Arbeit und
902 die eigenverantwortliche Gestaltung der beruflichen
903 Tätigkeit bedeuten für viele eine Verbesserung ihrer in-
904 dividuellen Arbeitsbedingungen. Der Ersatz von wieder-
905 kehrenden stupiden auf der einen und körperlich über-
906 mäßig stark beanspruchenden Tätigkeiten auf der an-
907 deren Seite stellt einen positiven Effekt der aktuellen
908 Entwicklung dar.

909
910 **Flexibilität, Sicherheit und Teilhabechancen verbinden.**

911
912 Neben neuen Chancen treten neue existentielle
913 Unsicherheiten. Die ambivalent, zeitverzögert in
914 unterschiedlichen Branchen und teilweise sogar wi-
915 dersprüchlich verlaufende Entwicklung droht die
916 Arbeitsgesellschaft in ihrer Mitte auseinanderzureißen.
917 Diejenigen, die von der Modernisierung profitieren
918 können, und diejenigen, deren berufliche Situation
919 dadurch unter Druck gerät, stehen sich in ihrer Bewer-
920 tung zunehmend kritisch gegenüber. Eine Politik des
921 sozialen Fortschritts zeichnet sich dadurch aus, dass sie
922 die neue Flexibilität mit neuer Sicherheit und neuen
923 Teilhabechancen verbindet.

924
925 Unser Ziel ist eine solidarische Arbeitsgesellschaft. Die
926 Maßnahmen zur neuen Ordnung am Arbeitsmarkt, die
927 Begrenzung der Möglichkeiten der befristeten Beschäf-
928 tigung, die Eingrenzung der Leih- und Zeitarbeit, das
929 Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeit stellen erste wich-

930 tige Schritte dar. Um der geforderten und gewünsch-
 931 ten Flexibilität Absicherung und Teilhabechancen an die
 932 Seite zu stellen, derer ein selbstbestimmtes Arbeiten
 933 bedarf, sind darüber hinaus ein gesetzlicher und tarifli-
 934 cher Rahmen für variable Arbeitszeitmodelle, das Recht
 935 auf Nichterreichbarkeit sowie Regelungen für das mo-
 936 bile Arbeiten notwendig. Der Gesundheits- und Arbeits-
 937 schutz für die Beschäftigten muss auf die neuen Gege-
 938 benheiten wirksam angepasst werden.

939
 940 Den neuen Arbeitsrealitäten tragen wir durch die Wei-
 941 terentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer
 942 Arbeitsversicherung Rechnung. Sie verbindet Absiche-
 943 rung mit Selbstbestimmung sowie einem Recht auf
 944 finanziell unterstützte Qualifizierung und Weiterbil-
 945 dung. Den Beschäftigten wollen wir ein Stück Autono-
 946 mie über ihre eigene Erwerbsbiografie zurückgeben, in-
 947 dem wir den Schutz vor Arbeitslosigkeit mit einer vor-
 948 ausschauenden Qualifizierung des Einzelnen koppeln –
 949 nicht erst im Falle der Arbeitslosigkeit, sondern als Aner-
 950 kennung der Qualifizierungsbedarfe im laufenden Job.
 951 Auch den Mutterschutz, Eltern- und Pflegezeiten wol-
 952 len wir in eine solche Arbeitsversicherung als staatliche
 953 Leistungen integrieren. Den Zugang zu Weiterbildung
 954 und Qualifizierung werden wir erweitern und gemein-
 955 sam mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern und Ge-
 956 werkschaften ein positives Klima hierfür schaffen.

957
 958 Mehr Selbstbestimmung durch flexible Arbeitszeiten ist
 959 durch die Nutzung moderner Technologien für eine hö-
 960 here Arbeitszeitsouveränität der Beschäftigten entlang
 961 ihrer Bedürfnisse und Fähigkeiten erreichbar. Eine kurze
 962 Vollzeit für Familienphasen, wie sie die IG Metall jüngst
 963 durchgesetzt hat und tariflich geregelte Überstunden,
 964 die Arbeitszeitkonten füllen, für die, die sich z.B. nach
 965 dem Berufseinstieg beweisen wollen, sind hierfür kon-
 966 krete Beispiele.

967
 968 Aber nicht alle gesellschaftlichen Notwendigkeiten las-
 969 sen sich durch mehr individuelle Flexibilität lösen. In ei-
 970 ner älter werdenden Gesellschaft steigt der Bedarf an
 971 sozialen Dienstleistungen. Gleichzeitig verlieren die tra-
 972 dierten Geschlechterrollen an Bedeutung. Immer mehr
 973 Frauen und Männer wünschen sich eine gleichberech-
 974 tigte Aufteilung von familiären Aufgaben und Erwerbs-
 975 arbeit. Wo soziale Dienstleistungen nicht zur Verfügung
 976 stehen, wird das Leben im Alltag oft zur Zerreißprobe. Es
 977 ist daher ein Gebot der Vernunft, die bisher oft verkann-
 978 ten Leistungsträger und vor allem Leistungsträgerin-
 979 nen in Gesundheits- und Sorgeberufen aufzuwerten. Es
 980 bedarf flächendeckend einheitlicher Mindeststandards
 981 für die Personalbemessung und eine spürbar höhere
 982 Entlohnung in den sogenannten SAHGE-Berufen, den
 983 Berufen in der Sozialen Arbeit, Haushaltsnahen Dienst-
 984 leistungen und der Gesundheits- und Erziehungsbran-
 985 che.

986
 987 **Gerechte Teilhabe der Vielen am Haben und Sagen**

988

989 Dank jahrzehntelanger Steigerung von Produktivität
990 und der hohen Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft ist
991 heute mit weniger Arbeit mehr Wohlstand möglich als
992 jemals zuvor. Die Effizienzsteigerung der letzten Jahr-
993 zehnte hat aber in aller Regel dazu geführt, die Ge-
994 winnspanne derjenigen zu maximieren, die über die
995 Produktionsmittel verfügen. Es ist dabei ein Gebot der
996 Leistungsgerechtigkeit, das endlich auch die Beschäftig-
997 ten ihren gerechten Anteil am gemeinschaftlich Erwirt-
998 schafteten erhalten.

999

1000 Angesichts der hohen Produktivität besteht das Poten-
1001 zial für kräftige Reallohnsteigerungen im tariflichen Be-
1002 reich und eine Anhebung des Mindestlohns auf min-
1003 destens 12 Euro. Um Beschäftigte darüber hinaus an
1004 der steigenden Produktivität teilhaben zu lassen, so-
1005 wie ihren gesundheitlichen Schutz zu verbessern, be-
1006 steht außerdem das Potenzial, die Regelarbeitszeit von
1007 40 Std./Woche nach unten zu korrigieren. Wir können
1008 und wollen daher weniger arbeiten und mehr freie Zeit
1009 haben, um Gutes für uns und die Gesellschaft zu tun.
1010 Wer weniger arbeitet, hat auch mehr Kraft für seine
1011 Nächsten, mehr Raum für Kreativität, auch mehr Re-
1012 serven für Flexibilität und mehr Neugierde auf Neu-
1013 es. Darüber hinaus gibt es mit fast 12 Prozent der Er-
1014 werbstätigen Millionen von Menschen, die heute dau-
1015 erhaft in schlecht bezahlter Teilzeit oder Soloselbstän-
1016 digkeit festhängen und die mehr verdienen müssen und
1017 möchten. Nur ein Bündnis zwischen der zunehmend ge-
1018 stressten Arbeitnehmermitte und den sich abrackern-
1019 den Niedriglöhnern für die gerechte Verteilung von Ar-
1020 beitszeit und Einkommen, kann wirklichen Wohlstand
1021 für die große Mehrheit in unserem Land erreichen.

1022

1023 Alle Beschäftigten müssen die Chance haben, in der Ar-
1024 beitswelt und der Gesellschaft gleichberechtigt teilzu-
1025 haben. Egal ob am Band, am Krankenbett oder in der
1026 Cloud. Gute Arbeit bedeutet für die meisten Menschen
1027 zuerst Absicherung des eigenen Lebens und ihrer Fa-
1028 milien. In der Arbeit können sich Menschen verwirk-
1029 lichen, ihre Talente entfalten, Anerkennung erfahren
1030 und Wohlstand erreichen. Teilhabechancen am Arbeits-
1031 markt gibt es nicht ohne diskriminierungsfreien Zu-
1032 gang. Deshalb fordern wir anonymisierte Bewerbungs-
1033 verfahren ohne Hinweis auf Alter, Nationalität, Migra-
1034 tionshintergrund, Geschlecht und ohne Bewerbungs-
1035 foto. Jeder ist nach seinen Fähigkeiten aufgerufen, an
1036 der Wertschöpfung der Gesellschaft mitzuarbeiten. Ein
1037 bedingungsloses Grundeinkommen lehnen wir deshalb
1038 ab. Wir setzen dem eine solidarische Arbeitsversiche-
1039 rung entgegen, die für Menschen in Arbeit ebenso wie
1040 für diejenigen, die aus individuellen oder wirtschaft-
1041 lichen Gründen nicht an der Erwerbsarbeit teilhaben
1042 können, eine verlässliche Absicherung bietet. Damit er-
1043 setzen wir das Prinzip Hartz IV. Durch eine umfassende
1044 sozialstaatliche Absicherung, die Solidarität mit Leis-
1045 tungsgerechtigkeit verbindet.

1046
 1047 Die Finanzierung des Sozialstaats darf sich nicht ein-
 1048 seitig auf Arbeit stützen, sondern muss den Verände-
 1049 rungen der Wertschöpfungsbasis und der Arbeitswelt
 1050 Rechnung tragen. In einer Welt, in der die Kapitalren-
 1051 dite weiter zunimmt, muss die Finanzierung des Ge-
 1052 meinwohls ebenfalls auf eine breitere Grundlage ge-
 1053 stellt werden. Deshalb bedarf es auch alternativer Fi-
 1054 nanzierungsformen wie der Finanztransaktionssteuer,
 1055 einer Digitalsteuer sowie der substanziellen Besteue-
 1056 rung von Vermögen. Die Digitalisierung bietet die Chan-
 1057 ce – im Rahmen eines neuen Gesellschaftsvertrages –
 1058 die Dividende für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu nut-
 1059 zen und alle am materiellen Fortschritt und besseren Le-
 1060 bensbedingungen teilhaben zu lassen. Teilhabe ist nicht
 1061 nur materielle Teilhabe, sondern auch Teilhabe an bes-
 1062 serer Lebensqualität, demokratischen Entscheidungen
 1063 und Zukunftschancen.

1064
 1065 Hierfür ist es notwendig Gewerkschaften und soziale
 1066 Verbände zu stärken. Für uns besteht der Anspruch, al-
 1067 le gesellschaftlichen Bereiche demokratischer zu gestal-
 1068 ten. Insbesondere am Arbeitsplatz wollen wir die Mit-
 1069 bestimmung weiterentwickeln zu Formen der Mitge-
 1070 staltung und Mitentscheidung. Gerechte Löhne für gu-
 1071 te Leistung wollen wir auch durch eine Stärkung tarifli-
 1072 cher und betrieblicher Mitbestimmung der Beschäftig-
 1073 ten unterstützen. Zur Erreichung dieses Ziels sind Ge-
 1074 werkschaften und Betriebsräte die geeigneten und von
 1075 uns zu stärkenden Akteure. Tarifverträge, gesetzlicher
 1076 Arbeitsschutz – auch in neuen Branchen, kleinen Betrie-
 1077 ben und digitalen Wertschöpfungsketten – ebenso wie
 1078 eine Ausweitung des Betriebsbegriffs auf Subunterneh-
 1079 merinnen und Subunternehmer und Soloselbständige
 1080 sind die notwendige Rahmensetzung. Die Ausweitung
 1081 der Allgemeinverbindlichkeit für Tarifverträge und Er-
 1082 leichterung von Betriebsratsgründung auch in kleineren
 1083 Betrieben, ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften
 1084 und die schärfere strafrechtliche Ahndung von syste-
 1085 matischer Behinderung und Bekämpfung von Gewerk-
 1086 schaften durch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber (sog.
 1087 Unionbusting) stellen eine Erweiterung des normativen
 1088 Rahmens dafür dar. Mit 5 Prozent Pflichtkapitalbetei-
 1089 ligung von Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterfonds an
 1090 Unternehmen ab 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbei-
 1091 tern und mehr als 50 Mio. Euro Umsatz stärken wir die
 1092 direkte Mitverantwortung im Unternehmen.

1093
 1094 **Wir wollen nachhaltig wirtschaften und produzieren**

1095
 1096 **Nachhaltig Wirtschaften**

1097
 1098 Das Leben auf der Erde muss innerhalb der ökologischen
 1099 Belastungsgrenzen stattfinden. Deshalb ist Akzeptanz
 1100 für Nachhaltigkeit in der gesamten Bevölkerung zu er-
 1101 arbeiten. Es ist an uns, hierfür der Wirtschaft klare Re-
 1102 geln zu setzen. Wir werden die Herausforderungen der
 1103 Nachhaltigkeit nur lösen, wenn wir zugleich die sozia-

1104 len Dimensionen und die Fliehkräfte mit angehen, Fair-
 1105 ness und Umweltgerechtigkeit sind unsere Leitplanken.
 1106 Unter nachhaltigem Wirtschaften verstehen wir um-
 1107 weltverträgliches Handeln, das zukünftigen Generatio-
 1108 nen genügend Spielraum für eigene Entscheidungen
 1109 lässt und auf soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung
 1110 der natürlichen Lebensgrundlagen ausgerichtet ist. Al-
 1111 lein nachhaltiges Wirtschaften kann dauerhaften, öko-
 1112 nomischen Erfolg und Wohlstand garantieren.

1113

1114 **Nachhaltig Produzieren**

1115

1116 Die Nachfrage nach ökologisch und sozial verantwortli-
 1117 chen Produkten und Dienstleistungen steigt. Gleichzei-
 1118 tig sind Unternehmen zunehmend verpflichtet, Nach-
 1119 haltigkeitskriterien aktiv in Entscheidungsprozesse und
 1120 Berichtswesen einzubinden. Die SPD sieht in den An-
 1121 forderungen von Nachhaltigkeit und industrieller Wert-
 1122 schöpfung keinen unauflöslchen Widerspruch. Im Ge-
 1123 genteil: Für eine Welt, in der künftig mehr als zehn Mil-
 1124 liarden Menschen gut und im Einklang mit den natürl-
 1125 ichen Grenzen unseres Planeten leben können, braucht
 1126 es intelligente industrielle Lösungen. Darin liegt eine
 1127 enorme Chance auch für die Weiterentwicklung des In-
 1128 dustriestandorts NRW. Um diese Chancen zu nutzen,
 1129 brauchen wir den Mut, neue Wege zu beschreiten und
 1130 die Bereitschaft, Altbewährtes in Frage zu stellen. Es
 1131 gilt: Die Anforderungen nachhaltiger Entwicklung müs-
 1132 sen Grundlage aller wesentlichen Entscheidungen in
 1133 Politik und Gesellschaft werden.

1134

1135 **Nachhaltiges Wirtschaften und Produzieren politisch
 1136 gestalten**

1137

1138 Nachhaltiges Wirtschaften und Produzieren muss sich
 1139 zwangsläufig am Nachhaltigkeitsziel (SDG) „Gute Ar-
 1140 beit“ der Agenda 2030 orientieren. Über dieses Ziel stre-
 1141 ben wir ein dauerhaftes breitenwirksames und nach-
 1142 haltiges Wirtschaftswachstum an, produktive Vollbe-
 1143 schäftigung und menschenwürdige Arbeit.

1144

1145 Die drängenden ökologischen Probleme, die sich durch
 1146 den Klimawandel noch verstärken, haben zu einer
 1147 „Ökonomisch-ökologischen Doppelkrise“ geführt. Die-
 1148 se ist schon jetzt an vielen Stellen der Wirtschaft
 1149 der Treiber für den Wandel in der Arbeitswelt. Diese
 1150 Entwicklung erfordert für die SPD einen neuen Blick
 1151 und einen anderen Zugang zu den sich verstärkenden
 1152 ökonomisch-ökologischen Problemen. Ein politischer
 1153 Diskurs, der weiterhin die Trennung von Wirtschafts-
 1154 und Klimapolitik thematisiert, führt in die Sackgasse
 1155 und wäre so wenig sinnvoll wie eine thematische Tren-
 1156 nung von Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ein „ja-aber-
 1157 Vorbehalt“ (wir sind ja für Klimaschutz, aber ...) ist fol-
 1158 glich nicht nur ein fachlicher, sondern auch ein politi-
 1159 scher Irrweg.

1160

1161 Die Umsetzung der Ziele des nachhaltigen Wirtschaft-

1162 tens und Produzierens sind im Rahmen einer Wirt-
1163 schaftsdemokratie an folgenden Eckpunkten auszurich-
1164 ten:

1165

- 1166 • Ökologische Nachhaltigkeit
- 1167 • Beschäftigungspolitische Nachhaltigkeit
- 1168 • Nachhaltige Qualität der Arbeit (Gute Arbeit)
- 1169 • Nachhaltiges Wettbewerbsmodell

1170

1171 An diesen Eckpunkten erarbeiten wir ein Konzept des
1172 nachhaltigen und sozialen Wirtschaftens und Produzie-
1173 rens. Dies umfasst eine Vorstellung, wie zukünftig sinn-
1174 stiftende und sichere Tätigkeit erreicht werden kann. Es
1175 zeigt zugleich auf, wie Wachstum in nachhaltigen Bran-
1176 chen mit entsprechenden Arbeitsplätzen erzielt wer-
1177 den kann. Es setzt auf neue Bildungs-, Lern- und Qua-
1178 lifizierungsoffensiven, um den Wandel zu begleiten. Es
1179 setzt weiterhin auf Arbeitszeitmodelle und Mobilitäts-
1180 konzepte, die eine nachhaltige und sozial freundliche
1181 Lebensweise ermöglichen.

1182

1183 Wir begreifen das Gelingen einer sozialverträgli-
1184 chen Energiewende als sehr bedeutende politisch-
1185 gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. Dabei
1186 sind wir den Prinzipien der Nachhaltigkeit, der So-
1187 lidarität und der Wirtschaftlichkeit gleichermaßen
1188 verpflichtet, denn sie bedingen sich gegenseitig.

1189

1190 Zur Umsetzung dieses Nachhaltigkeitsansatzes streben
1191 wir folgende Ziele an:

1192

- 1193 • Wir ergänzen das Betriebsverfassungsgesetz um
1194 Aspekte der Ökologie und Nachhaltigkeit. Denn der
1195 ökologische Wandel des Unternehmens kann nur
1196 unter Einbeziehung der Arbeitenden gelingen, da-
1197 her brauchen wir die Mitbestimmung auch in die-
1198 sem Bereich. Nur so gelingt der nachhaltige Umbau
1199 der Wirtschaft auf soziale Art und Weise und führt
1200 zu einer breiten Beteiligung und damit auch Akzep-
1201 tanz.
- 1202 • Wir stärken den öffentlichen Dienst, der die Da-
1203 seinsvorsorge in den Bereichen Versorgung, Entsor-
1204 gung und Mobilität auf hohem ökologischem Ni-
1205 veau sichert.
- 1206 • Wir verabschieden uns von Freiwilligkeitsvereinba-
1207 rungen mit der Industrie und dem Handel und set-
1208 zen insbesondere im Wasser- und Abfallbereich auf
1209 klare rechtliche Regeln.
- 1210 • Wir nutzen die ersten Erfahrungen und Ergebnisse
1211 des NRW-Klimagesetzes und erarbeiten eine Fort-
1212 führung des NRW-Klimaschutzplans.
- 1213 • Ergänzend zum EU-Emissionshandel fordern wir ei-
1214 ne Bepreisung von CO₂ in Bereichen wie Gebäu-
1215 de, Verkehr und Landwirtschaft. Diese müssen ei-
1216 ne sinnvolle Lenkungswirkung entfalten, sozial ver-
1217 träglich sein und Anreiz für Investitionen in klima-
1218 freundliche Technologien eröffnen.
- 1219 • Wir forcieren den weiteren Ausbau der regenera-

- 1220 tiven Energien, damit wir den geplanten Ausstieg
 1221 aus der Kohleverstromung schaffen. Insbesondere
 1222 re müssen Speichertechnologien weiterentwickelt
 1223 werden.
- 1224 • Wir sichern und fördern den Biotopverbund und die
 1225 Erhaltung von Grünstrukturen zwischen den Bioto-
 1226 pen. Damit wird das Überleben von Tier- und Pflan-
 1227 zenarten in der intensiv genutzten Kulturlandschaft
 1228 gesichert.
 - 1229 • Wir begrenzen den Flächenverbrauch auf 5 Hektar
 1230 pro Tag.
 - 1231 • Wir stoppen die Überdüngung vieler Äcker – vor al-
 1232 lem in den Mastregionen – und schützen so das
 1233 Grundwasser.
 - 1234 • Wir stehen für den nachhaltigen Ausbau der Land-
 1235 wirtschaft – Bioprodukte müssen zum Regelfall
 1236 werden, nicht zur Ausnahme. Daher fordern wir eine
 1237 für den Verbraucher nachvollziehbare einheitliche
 1238 Kennzeichnung, die ihm die Kaufentscheidung
 1239 erleichtert und Kriterien der sozialen und ökologi-
 1240 schen Nachhaltigkeit umfasst.
 - 1241 • Wir entwickeln ein Insektenschutzprogramm, das
 1242 insbesondere in Naturschutzgebieten den Einsatz
 1243 von Pestiziden verbietet.
 - 1244 • Wir nehmen die Automobilindustrie konsequen-
 1245 ter in die Pflicht. Wir fordern eine Kommission Zu-
 1246 kunft der Mobilität. Vorbild kann die Kommission
 1247 „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“
 1248 sein, die alle relevanten Akteure an einen Tisch holt
 1249 und gemeinsam Lösungen und Handlungsempfeh-
 1250 lungen für die Zukunft der Mobilität erarbeitet.
 - 1251 • Wir stehen für den Umstieg von der Straße auf die
 1252 Schiene und fordern daher massive Investitionen
 1253 für Schienenwege und neue Züge.
 - 1254 • Wir fordern eine europaweite Kerosinsteuer und eine
 1255 Fernbus-Maut. Die Erlöse müssen in ein europäi-
 1256 sches Schienennetz investiert werden.

1257
 1258 **2.2 Aufstiegschancen durch Bildung. Beste Bildung NRW**
 1259 **– ein Leben lang!**

1260
 1261 *Unser Leitmotiv: Neue Chancen schaffen*
 1262 *Unser Versprechen: Chancen und Aufstieg*
 1263 *Unsere Ziele: Bildung und gerechter Zugang*
 1264
 1265 Bildung und damit Aufstiegschancen waren immer
 1266 schon der Kerngedanke der sozialdemokratischen Idee.
 1267 Unsere Kernthemen wie Freiheit, Gerechtigkeit und So-
 1268 lidarität gehören eng zu jedem Bildungsprozess. Bil-
 1269 dung muss daher wieder höchste Priorität in NRW be-
 1270 kommen.

1271
 1272 **Bildung ist mehr als Lernen – Lernen ist mehr als Schule**
 1273

1274 Vom ersten Tag unseres Lebens an lernen wir dazu und
 1275 das hört nicht auf bis ins hohe Alter – jeden Tag und jede
 1276 Stunde sammeln wir Erfahrungen und Wissen, erwei-
 1277 tern Fertigkeiten und erproben uns in neuen Situatio-

1278 nen.

1279

1280 Deshalb nehmen wir Bildung überall und im gesamten
1281 Leben von Menschen in den Blick – von Familie und Kita
1282 bis zur Weiterbildung. Für uns ist Lernen nicht nur die
1283 Aneignung von Wissen – genauso wichtig sind uns die
1284 emotionale, die soziale, die gesundheitliche und die kul-
1285 turelle Entwicklung der Menschen. Dabei ist und bleibt
1286 die Schule ein zentraler und oft entscheidender Ort für
1287 das Lernen. Alle Erfahrungen im nationalen und inter-
1288 nationalen Vergleich zeigen, dass frühe Entscheidun-
1289 gen über Bildungskarrieren in die Irre führen. Deshalb
1290 bleibt unser Ziel eine Schule für alle! Angesichts der
1291 unübersichtlichen Menge an Schulformen in NRW hal-
1292 ten wir in einem ersten Schritt hier eine Reduzierung
1293 für überfällig. Den Übergang dorthin werden wir ver-
1294 antwortungsvoll organisieren. Damit Schulen auch Orte
1295 des gemeinsamen Lebens werden, werden wir kommunale
1296 und regionale Bildungslandschaften und die Öff-
1297 nung von allen Bildungseinrichtungen in den Sozial-
1298 raum fördern.

1299

1300 **Konsequent für alle Menschen**

1301

1302 Nicht für Institutionen, sondern für jeden einzel-
1303 nen Menschen muss Bildung gelingen. Dafür müs-
1304 sen je nach individuellen Voraussetzungen, Möglichkei-
1305 ten und Bedürfnissen der Menschen unterschiedliche
1306 Rahmenbedingungen geschaffen werden. Daraus folgt,
1307 dass wir offene Systeme beschreiben müssen, in denen
1308 alle Beteiligten klaren Prinzipien folgen bei einer größt-
1309 möglichen Handlungsfreiheit.

1310

1311 **Eine Klarstellung zur Inklusion und Integration**

1312

1313 Wir sind davon überzeugt, dass jeder Mensch Fähig-
1314 keiten und Begabungen besitzt, die er in die Gesell-
1315 schaft einbringen kann. Das heißt auch, dass wir unser
1316 gesamtes Verständnis von Bildung und menschlichem
1317 Miteinander überprüfen müssen und ein Bildungssys-
1318 tem schaffen, in dem jeder Mensch seinen Platz findet
1319 und zwar unabhängig von seinem kulturellen oder so-
1320 zialen Hintergrund und von individuellen Beeinträchti-
1321 gungen. Die Herausforderungen von Inklusion und In-
1322 tegration und die hervorragenden Leistungen der Bil-
1323 dungseinrichtungen wollen wir dabei nicht vergessen
1324 und auch nicht klein reden.

1325

1326 **Konsequent in den Forderungen**

1327

1328 Wir haben bei den meisten Themen kein Erkenntnispro-
1329 blem, sondern ein Umsetzungsproblem. Deshalb wer-
1330 den wir unsere Ziele konkret und konsequent formu-
1331 lieren, die notwendigen Umsetzungsschritte beschrei-
1332 ben und mit ausreichend Geld hinterlegen. Oft genug
1333 haben wir die Schere der Umsetzungsschwierigkeiten
1334 schon im Kopf – das schwächt unsere Haltung. Klarheit
1335 und Eindeutigkeit sind aber notwendig, damit sich et-

1336 was ändert.

1337

1338 Damit Bildung letztendlich gelingt, brauchen Men-
1339 schen

1340 1. freien Zugang zu Bildung,

1341 2. Spaß am Lernen und Lust am Erfolg,

1342 3. Anleitung und Unterstützung durch engagierte
1343 Menschen,

1344 4. soziale und demokratische Kompetenz,

1345 5. ein stabiles Fundament an Wissen und Kompeten-
1346 zen,

1347 6. Angebote und Anreize für Spitzenleistungen,

1348 7. Bildung, die in der Zukunft trägt.

1349

1350 Und nicht zuletzt und vor allem:

1351

1352 **Gute Bildung braucht eine gute Finanzierung!**

1353

1354 Für eine bessere Chancengleichheit und höhere Quali-
1355 tät muss das Bildungssystem finanziell erheblich besser
1356 ausgestattet und strukturiert werden. Denn wir wissen
1357 alle: Wenn wir bei der Bildung sparen, wird sich das frü-
1358 her oder später rächen. Trotzdem liegt Deutschland bei
1359 den Bildungsausgaben deutlich, d.h. rund 30 Milliarden
1360 Euro pro Jahr, unter dem OECD-Durchschnitt. Und NRW
1361 liegt noch unter dem Bundesdurchschnitt. Deshalb ist
1362 unser klares Ziel, Spitzenreiter im Bundesdurchschnitt
1363 zu werden und dazu den Bildungsetat sukzessiv zu er-
1364 höhen.

1365

1366 Für mehr Handlungsfähigkeit brauchen wir ein klares
1367 Bekenntnis zur Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel.
1368 Hierbei gilt: Starke Schultern müssen sich daran deut-
1369 lich stärker als bisher beteiligen. Dies heißt für uns, dass
1370 hohe Erbschaften und Vermögen deutlich stärker be-
1371 steuert werden müssen als heute und Finanzspekulan-
1372 ten und globale Kapitalgesellschaften auch ihren Anteil
1373 am Steueraufkommen zahlen müssen. Gute Bildung
1374 braucht eine solide finanzielle Basis.

1375

1376 Durch die Verteilung der zusätzlichen Gelder muss Bil-
1377 dungsgerechtigkeit hergestellt werden. Zunächst heißt
1378 das, dass wir Bildung im gesamten Lebensverlauf bei-
1379 tragsfrei machen. Und es heißt, dass bei größeren Her-
1380 ausforderungen auch die personellen und Sachausstat-
1381 tungen besser sein müssen. Dabei gilt für alle Berei-
1382 che die Forderung „Ungleiches muss ungleich behan-
1383 delt werden“. In diesem Zusammenhang muss auch ei-
1384 ne sozialindexbasierte Verteilung von Mitteln in allen
1385 Bildungsbereichen geregelt werden. Noch immer ist Bil-
1386 dung und Teilhabe abhängig vom Geldbeutel der Eltern.
1387 Dies will die SPD ändern. Gerechtigkeit im Bildungssys-
1388 tem kann nur über ein beitragsfreies Bildungssystem
1389 erreicht werden. In diesem Zusammenhang müssen
1390 einheitliche Qualitätsstandards und Schulbauleitlini-
1391 en konsequent umgesetzt werden. Des Weiteren müs-
1392 sen Lösungen zur dauerhaften Finanzierung von Inklusi-
1393 on, Ganztage und Schulsozialarbeit gefunden und im-

1394 plementiert werden. Dazu gehört: Die Arbeit aller Päd-
1395 agoginnen und Pädagogen muss wertgeschätzt und ge-
1396 recht entlohnt werden. So fordern wir beispielsweise ei-
1397 ne tarifgebundene und sozialversicherte Bezahlung für
1398 Erzieherinnen und Erzieher und A13Z als Einstiegsamt
1399 bei Lehrerinnen und Lehrern. Schulsozialarbeiterinnen
1400 und Schulsozialarbeiter und das pädagogische Fachper-
1401 sonal sollen ebenfalls besser entlohnt werden sowie
1402 Aufstiegschancen erhalten.

1403

1404 **Wir brauchen einen New Deal**

1405

1406 Eine neue Verantwortungsgemeinschaft zwischen
1407 Bund, Land und Kommunen ist hier gefragt. Die
1408 bildungspolitischen Finanz- und Verantwortungsver-
1409 flechtungen zwischen Bund, Ländern, Kommunen und
1410 Schulen sind nicht mehr zeitgemäß. Grundgesetz,
1411 Landesverfassungen und Gesetzgebung gehen seit
1412 Jahrzehnten von einer klaren Trennung der Aufgaben
1413 im Bildungsbereich aus: Die Bundesebene ist nach der
1414 Föderalismusreform seit 2006 von Rechts wegen nicht
1415 mehr für die Bildungspolitik zuständig, den Ländern
1416 obliegt die alleinige Gestaltung der Schulpolitik. Den
1417 Kommunen kommt vor allem die Aufgabe als Schulträ-
1418 ger vor Ort zu, was insbesondere die Instandhaltung
1419 und den Bau von Gebäuden beinhaltet.

1420

1421 Durch eine Vielzahl gesellschaftlicher Herausforderun-
1422 gen ist das Schulsystem seit Jahrzehnten in einem ste-
1423 tigen Wandel. Eine Anpassung der entsprechenden ge-
1424 setzlichen Bestimmungen ist dabei oft nur halbherzig
1425 oder gar nicht erfolgt. Die jüngst verabschiedete Aufhe-
1426 bung des sogenannten Kooperationsverbotes auf Druck
1427 der SPD ermöglicht es zwar dem Bund, nun auch direkt
1428 Geld für Bildungspolitik bereitzustellen, allerdings ist
1429 diese Änderung nur ein Kompromiss und kommt deut-
1430 lich zu spät.

1431

1432 Zuständigkeiten sind für Familien – aber auch für Schu-
1433 len – nicht mehr durchschaubar und Strukturen so an-
1434 gelegt, dass sie Prozesse eher lähmen als Lösungen für
1435 akute Probleme bereitstellen, wie z.B. bei der Finanzie-
1436 rung des Ganztages, einer Schulbaurichtlinie oder wie
1437 aktuell bei der Finanzierung des Digitalpaktes. Ein neu-
1438 es System muss transparent und nachvollziehbar sein –
1439 alle Aufgaben müssen grundsätzlich auskömmlich mit
1440 finanziellen Mitteln hinterlegt sein.

1441

1442 Regionale Bildungsnetzwerke leisten hier einen wich-
1443 tigen Beitrag. Sie vernetzen Schulen mit den kommu-
1444 nalen Schul-, Jugend- und Sozialhilfeträgern und der
1445 Schulaufsicht. Wir müssen bei vorhandenen Vernetzun-
1446 gen und Partnerschaften genau prüfen, wie diese zum
1447 Wohl der Kinder verbessert und ausgeweitet werden
1448 können.

1449

1450 Mit Bund, Ländern und Kommunen gilt es, eine Neu-
1451 strukturierung der Aufgabenbeziehungen im Bildungs-

1452 bereich und eine sich daran orientierende neue Finan-
1453 zierungssystematik zu verhandeln. Es muss klar wer-
1454 den, wo gesamtgesellschaftliche Aufgaben liegen und
1455 wer verantwortlich für ihre Umsetzung ist. Der Grund-
1456 satz der gleichwertigen Lebensverhältnisse gilt gerade
1457 auch für den Bildungsbereich. Deshalb muss sicherge-
1458 stellt werden, dass Finanzmittel nicht mit der Gießkan-
1459 ne, sondern nach sozialen Kriterien verteilt werden. Da-
1460 bei muss der Bund Aufgaben dauerhaft finanzieren und
1461 nicht nur zeitweise übernehmen. Zuständigkeiten und
1462 die Finanzierung müssen endlich klar geregelt werden.

1463

1464 **2.3 Soziale Sicherheit**

1465

1466 *Unser Leitmotiv: Selbstbestimmtheit ermöglichen*

1467 *Unser Versprechen: Teilhabe und Sicherheit*

1468 *Unsere Ziele: Garantierte Teilhabe und soziale Absiche-*
1469 *rung*

1470

1471 Unser Grundversprechen, niemanden „ins Bergfreie fal-
1472 len zu lassen“, wenn man auf Unterstützung angewie-
1473 sen ist, gilt derzeit nicht mehr. Das verunsichert vie-
1474 le Menschen. Dem begegnen wir mit Reparaturmaß-
1475 nahmen im Kleinen, die nicht dazu beitragen Abstiegs-
1476 ängste und Sorgen zu nehmen. Deswegen ist es unse-
1477 re Aufgabe, die derzeitigen Sozialsysteme zu einem in
1478 sich stimmigen Sicherheitssystem zukunftsfest zu ver-
1479 ändern und das Versprechen so dauerhaft zu erneuern.

1480

1481 **Wir werden Hartz IV zu Gunsten einer Arbeitsversi-** 1482 **cherung und einer bedarfsgerechten, sanktionsfreien** 1483 **Grundsicherung abschaffen**

1484

1485 Der digitale Wandel und vor allem der Anspruch auf
1486 mehr Freiheit bei der persönlichen Lebensgestaltung
1487 erfordern auch Veränderungen bei der sozialen Siche-
1488 rung. Eine neue Arbeitsversicherung muss darauf re-
1489 agieren, dass es neben der Erwerbsarbeit auch Phasen
1490 der beruflichen Neuorientierung, Weiterbildung, Fami-
1491 lienphasen oder auch Sabbaticals gibt.

1492

1493 Arbeitslosigkeit ist kein individuelles und kein einzeln
1494 zu verantwortendes Schicksal. Vielmehr muss wieder si-
1495 chergestellt werden, dass die Leistungen von arbeiten-
1496 den Menschen anerkannt werden. Entsprechend muss
1497 die Bezugsdauer der Versicherungsleistungen deutlich
1498 verlängert werden.

1499

1500 Außerdem werden wir der Angst, dass mit dem Arbeits-
1501 platzverlust auch ein Verlust der selbstgeschaffenen
1502 Absicherung einhergeht, endlich konsequent begegnen.
1503 Der kleine Wohlstand, den sich Menschen für den
1504 Lebensabend aufgebaut haben, darf zukünftig nicht
1505 mehr angetastet werden.

1506

1507 Wir begrüßen den aktuellen Beschluss des Parteivor-
1508 standes zu einer umfassenden Korrektur der sog. Agen-
1509 da 2010.

1510
1511 Wir lehnen ein Sozialsystem ab, das ein neoliberal-
1512 les Menschenbild von faulen Leistungsempfängerinnen
1513 und Leistungsempfängern zu Grunde legt und staatliche
1514 Unterstützung als gnädiges Geschenk begreift, das
1515 mit erhobenem Zeigefinger gewährt wird.
1516
1517 Eine Grundsicherung muss menschenwürdiges Leben
1518 ermöglichen. Das ist mit den derzeitigen Regelsätzen
1519 schlicht nicht möglich. Nicht nur, dass die Regelsätze
1520 nicht ausreichen, sondern dass Menschen von diesen
1521 geringen Mitteln auch noch Rücklagen für häusliche
1522 Anschaffungen leisten müssen, ist nicht tragbar. Eine
1523 Grundsicherung muss für alle Lebensbereiche auskömmlich
1524 sein.
1525
1526 Derzeit werden Regelsätze anhand durchschnittlicher
1527 Ausgaben von ohnehin schon einkommensschwachen
1528 Haushalten bemessen. Eine Armutsspirale: Wer weniger
1529 Geld zur Verfügung hat, gibt schließlich auch weniger
1530 aus. Und selbst von den angegebenen Ausgaben werden
1531 wiederum längst nicht alle bei der Regelsatzbestimmung
1532 berücksichtigt: Die Anschaffung einer Brille, der Kino- oder
1533 Theaterbesuch und Ausgaben für Tierfutter werden beispielsweise
1534 nicht im Regelbedarf berücksichtigt.
1535
1536
1537 Wir fordern deshalb für eine bedarfsgerechte Grundsicherung
1538 einen Regelsatz in Höhe von derzeit mindestens 570 Euro
1539 und eine regelmäßige Anpassung durch eine einzusetzende
1540 Sachverständigenkommission. Regelsätze sollen nicht mehr
1541 nur statistisch ermittelt werden, sondern auch normativen
1542 Ansprüchen genügen, wie zum Beispiel der Möglichkeit einer
1543 qualitativ hochwertigen Ernährung und von Ausgaben für
1544 Freizeit und Kultur. Mehraufwände für Frauen*, vor allem
1545 weibliche Hygieneprodukte und Verhütungsmittel, müssen
1546 ebenfalls berücksichtigt werden.
1547
1548
1549 Empfängerinnen und Empfänger dürfen nicht mehr verpflichtet
1550 sein, aus den Regelsätzen Rücklagen zu bilden, um notwendige
1551 Neu- oder Ersatzanschaffungen selbst oder durch ein Darlehen
1552 zu tätigen.
1553
1554 Außerdem ist für uns klar: Das verfassungsgerichtlich festgelegte
1555 Existenzminimum ist, was man zum Leben braucht. Es muss
1556 seinen Namen verdienen. Es wird beständig gewährt, kann
1557 nicht gekürzt werden und muss die Teilhabe am gesellschaftlichen
1558 Leben ermöglichen.
1559
1560 Über die Gewährung des Existenzminimums hinaus setzen wir
1561 auf – auch finanzielle – Anreize, sich um Arbeit zu bemühen
1562 und weiter zu qualifizieren. Dazu sorgen wir für ein gutes
1563 Weiterbildungsangebot, das Arbeitssuchende gerne und
1564 bereitwillig nutzen. Es muss echte Chancen auf einen Arbeitsplatz
1565 und brauchbare Qualifikationen bieten.
1566
1567

1568 Bei der Bemessung dieser finanziellen Anreize dürfen
1569 allerdings nicht die geltenden Zumutbarkeitsregeln zu
1570 Grunde gelegt werden.

1571

1572 Zumutbare Beschäftigung kann nur eine solche sein,
1573 die den eigenen Qualifikationen und Neigungen nahe-
1574 kommt und bei der ein armutsfestes Lohnniveau gesi-
1575 chert ist.

1576

1577 Das System der Bedarfsgemeinschaften ist überholt.
1578 Im heutigen System werden Familienmitglieder sowie
1579 Partnerinnen und Partner für Arbeitslosigkeit in „Mit-
1580 haftung“ genommen. Sie erleiden so regelmäßig Nach-
1581 teile, die zu einer Verfestigung der ökonomisch be-
1582 nachteiligten Situation führen. Daher werden wir zu ei-
1583 ner rein individuellen Bemessung kommen. Wir wol-
1584 len, dass alle Kinder in sozialer Sicherheit aufwachsen
1585 und sie alle Teilhabe- und Bildungschancen unabhän-
1586 gig von ihrer Herkunft und vom Einkommen ihrer Eltern
1587 wahrnehmen können. Wir wollen eine Kindergrundsic-
1588 herung einführen, um endlich die skandalöse Kinder-
1589 armut in Deutschland wirksam zu bekämpfen. Alle bis-
1590 herigen mit dieser Absicht begonnenen Maßnahmen,
1591 wie z.B. das Bildungs- und Teilhabe-Paket, haben sich als
1592 nicht ausreichend, nicht wirksam, nicht geeignet und
1593 zu bürokratisch erwiesen. Die Kindergrundsicherung ist
1594 keine Sozialleistung nach Bedürftigkeitsprüfung, son-
1595 dern eine sozial gerechte Förderung, die den Famili-
1596 enlastenausgleich vom Kopf auf die Füße stellt. Daher
1597 setzen wir uns für das vom Bündnis Kindergrundsiche-
1598 rung entwickelte Modell der Kindergrundsicherung ein,
1599 das die derzeitige Vielzahl von Leistungen wie Kinder-
1600 geld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, Unterhaltsvor-
1601 schuss oder pauschale Anteile des BuT bündelt und mit
1602 steigendem Einkommen der Eltern, z.B. um den Grenz-
1603 steuersatz, gemindert wird. Nach dem Existenzmini-
1604 mumbericht der Bundesregierung beträgt das Existenz-
1605 minimum derzeit 408,00 Euro zuzüglich des Freibetra-
1606 ges für Betreuung, Erziehung und Ausbildung (BEA) in
1607 Höhe von 220,00 Euro, so dass die Kindergrundsiche-
1608 rung aktuell mindestens 628,00 Euro monatlich betra-
1609 gen muss.

1610

1611 **Wir werden einen deutlich höheren Mindestlohn ein-**
1612 **führen und die Tarifbindung stärken**

1613

1614 Der derzeitige Mindestlohn ist weiterhin ein Niedrig-
1615 lohn. Er ist weder armutsfest noch existenzsichernd.
1616 Expertinnen und Experten zufolge müssten Arbeitneh-
1617 merinnen und Arbeitnehmer bei derzeitigem Mindest-
1618 lohniveau etwa 65 Beitragsjahre leisten, um nicht un-
1619 ter die Grundsicherungsgrenze im Alter zu fallen. Auch
1620 wer heute für den Mindestlohn arbeitet, muss teilwei-
1621 se trotzdem noch ergänzende Sozialleistungen in An-
1622 spruch nehmen. Obwohl der deutsche Mindestlohn im
1623 EU-Vergleich hoch scheint, bleibt er im Vergleich mit
1624 wirtschaftlich vergleichbaren Ländern weit zurück. Sinn
1625 des Mindestlohns muss aber sein, vor Armut und Nied-

1626 riglöhnen zu bewahren. Wer nach Mindestlohn bezahlt
1627 wird, sollte sowohl während der Beschäftigung als auch
1628 nach 45 Beitragsjahren über der Grundsicherungsgren-
1629 ze liegen.

1630
1631 Der Mindestlohn muss deshalb auf ein armutsfestes
1632 Niveau von mindestens 12 Euro angehoben werden.
1633 Die Mindestlohnkommission muss diese Höhe regel-
1634 mäßig überprüfen und an die wirtschaftliche Lage an-
1635 passen. Ausnahmen vom Mindestlohn darf es nicht ge-
1636 ben. Auf keinen Fall dürfen jährliche Sonderzahlungen
1637 wie Weihnachts- oder Urlaubsgeld in die Berechnung
1638 des Mindestlohns einbezogen werden.

1639
1640 Derzeit bieten nicht erfasste Überstunden, ungerecht-
1641 fertigte Lohnabzüge und andere Tricksereien die Mög-
1642 lichkeit, faktisch unterhalb des Mindestlohnes zu ent-
1643 lohnen. Die Einhaltung des ausnahmslosen Mindest-
1644 lohns muss deshalb durch umfassende Kontrolle und
1645 konsequente Ahndung von Verstößen gewährleistet
1646 werden. Dabei reicht es nicht aus, dass der Zoll als
1647 zuständige Kontrollinstanz nur säumige Sozialbeiträge
1648 nachfordert, Beschäftigte aber weiterhin ihren Lohn in-
1649 dividuell einklagen müssen. Wir fordern, dass die Be-
1650 weispflicht für die Einhaltung des Mindestlohns künf-
1651 tig beim Arbeitgeber und nicht bei den Beschäftigten
1652 liegt. Wird durch eine Behörde ein Verstoß festgestellt,
1653 hat diese auch die Aufforderung zur Lohnnachzahlung
1654 an den Arbeitgeber zu richten.

1655
1656 Auch ein armutsfester Mindestlohn darf nicht zur Regel
1657 bei der Beschäftigung werden. Gute Tarifverträge müs-
1658 sen das Hauptinstrument sein, um gerechte Gehälter zu
1659 sichern. Dafür ist die Allgemeinverbindlichkeit von Ta-
1660 rifverträgen unabdingbar. Das Vetorecht von Arbeitge-
1661 bern für tarifliche Allgemeinverbindlichkeitserklärun-
1662 gen ist abzuschaffen.

1663
1664 Wir erleben zunehmend die Tariffucht der Arbeitge-
1665 ber, ohne bislang ein wirksames Instrument installiert
1666 zu haben, das dem entgegenwirkt. Die Forderung, ta-
1667 rifgebundene Unternehmen steuerlich besser zu stel-
1668 len, muss daher zeitnah umgesetzt werden und für alle
1669 Branchen gelten.

1670
1671 **Wir werden die umlagefinanzierte gesetzliche Rente zu-**
1672 **kunftssicher und auskömmlich gestalten und stärken, die**
1673 **private Vorsorge grundlegend reformieren und Arbeitge-**
1674 **berinnen und Arbeitgeber zu Angeboten für betriebliche**
1675 **Altersvorsorge verpflichten**

1676
1677 Die Absicherung im Alter ist ein zentrales Versprechen
1678 des Sozialstaats. Gerade in Zeiten des gesellschaftlichen
1679 und ökonomischen Umbruchs stellt es eine wesentli-
1680 che Voraussetzung für das Vertrauen in Staat und Po-
1681 litik dar. Rentenpolitik ist, anders als manche glauben
1682 machen wollen, kein Konflikt zwischen Alt und Jung. Im
1683 Gegenteil: Von einer mutigen und gerechten Rentenpo-

1684 litik profitieren die heute Jungen in Zukunft ebenso wie
1685 die aktuelle Rentnerinnen- und Rentner-Generation.

1686

1687 Es gilt: Die Teilhabe am Erwerbsleben ist von zentraler
1688 Bedeutung für jeden Menschen. Für seine Lebenschancen
1689 für ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben,
1690 das den unterschiedlichen individuellen und familiären
1691 Bedingungen Rechnung trägt. Eine wirksame und verlässliche
1692 Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung im Alter kann für die
1693 Mehrzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Regel nicht
1694 allein durch Erwerbsarbeit, Ersparnisse oder private Versicherungen
1695 gewährleistet werden. Notwendig und historisch bewährt ist eine
1696 starke öffentliche Absicherung durch ein soziales Sicherungssystem,
1697 das auch eine wirtschaftliche Abkopplung der Rentnerinnen und Rentner
1698 vom Rest der Bevölkerung zuverlässig verhindert. Wir bekennen uns
1699 daher zur gesetzlichen Rente als der Grundlage für ein Leben in Würde
1700 nach der Erwerbstätigkeit.

1701

1702
1703
1704 Die Entscheidung, das Absinken des Rentenniveaus zu
1705 stoppen und bis zum Jahr 2025 eine „Sicherungslinie“ von 48 Prozent
1706 einzuziehen, war richtig und notwendig, um das Vertrauen in die Politik
1707 und in den Sozialstaat zu stärken. Wir teilen die Vorstellungen, das
1708 Niveau mittel- bis langfristig wieder auf 50 Prozent anzuheben, setzen
1709 die erste Priorität aber zunächst auf die Niveaustabilisierung. In diesem
1710 Zusammenhang sprechen wir uns für eine Reform der Rentenanpassungsformel
1711 aus. Die langfristige Finanzierung einer auskömmlichen Rente ist
1712 außerdem durch angemessene Beiträge und Steuermittel sicherzustellen.

1713

1714
1715
1716
1717 Wir unternehmen konkrete Schritte zur Einführung einer
1718 Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen, auch alle Abgeordneten.
1719 Natürlich ist eine solche Reform nicht von heute auf morgen zu schaffen.
1720 Überfällig sind erste Schritte – und zwar ohne Zeitverzögerung.

1721

1722
1723 Die steuerfinanzierte Grundrente muss zukünftig auskömmlich
1724 sein und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigen. Sie wird ohne
1725 Bedürftigkeitsprüfung gezahlt.

1726

1727
1728 Versicherungsfremde Leistungen wie bspw. die Mütterrente werden
1729 fortgeführt, aber steuerfinanziert.

1730

1731 Eine Erhöhung des Renteneintrittsalters lehnen wir ab, weil schon
1732 jetzt viele vorzeitig in Rente gehen und dabei lebenslange Abschlüsse
1733 in Kauf nehmen müssen. Unser Ziel ist, durch eine humane Arbeitswelt
1734 sowie mehr Prävention und Rehabilitation zu ermöglichen, dass alle
1735 das gesetzliche Renteneintrittsalter überhaupt erreichen können.

1736

1737
1738 Die private Altersvorsorge kann das sinkende Rentenniveau nicht
1739 kompensieren und Versorgungslücken im Alter nicht schließen. Sie
1740 muss grundlegend reformiert werden. Eine Subventionierung zukünftiger
1741 Verträge

1742 lehnen wir ab. Wir schlagen vor, die Eignung öffentlich-
1743 rechtlicher Modelle, wie etwa ein Vorsorgekonto bei der
1744 Deutschen Rentenversicherung, zu prüfen.

1745
1746 Wir betonen, dass für uns die betriebliche Altersvorsor-
1747 ge der beste Weg ist, um die gesetzliche Rente zu ergän-
1748 zen, weil sie private Vorsorge und kollektive Absiche-
1749 rung miteinander verbindet. Wir wollen, dass in Zukunft
1750 jeder Arbeitgeber und jede Arbeitgeberin allen Beschäf-
1751 tigten ein Angebot zum Aufbau einer betrieblichen Al-
1752 tersversorgung anbieten muss und auch die Ansprüche
1753 bei Betriebsübergängen gesichert werden.

1754
1755 **Wir werden die beste medizinische Versorgung und gu-**
1756 **te Pflege für alle Menschen sicherstellen und die private**
1757 **Krankenversicherung zu Gunsten einer Bürgerversiche-**
1758 **rung abschaffen**

1759
1760 Der Gleichheitsgrundsatz muss auch beim Arzt gelten.
1761 Außerdem werden wir die Pflegevollversicherung als
1762 Pflegebürgerversicherung einführen, damit für alle eine
1763 menschenwürdige Pflege gewährleistet wird.

1764
1765 Das deutsche Gesundheitssystem weist Problemlagen
1766 auf, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
1767 auch, aber nicht nur durch die Bürgerversicherung lösen
1768 wollen: Das System macht deutliche Unterschiede nach
1769 dem sozialem Status von Bürgerinnen und Bürgern.

1770
1771 Patientinnen und Patienten haben Anspruch auf die
1772 besten Leistungen. Dies darf nicht an der Zuständig-
1773 keitskonkurrenz der beteiligten Leistungsträger (Kran-
1774 kenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversiche-
1775 rung, Arbeitsagentur, Kommune) scheitern.

1776
1777 Die zweifellos in ausreichender Zahl vorhandenen Ex-
1778 pertinnen und Experten sind nicht dort tätig, wo der
1779 größte Bedarf besteht. Viele kümmern sich um Men-
1780 schen, die Leistungen in Anspruch nehmen, die sie nicht
1781 brauchen.

1782
1783 Es wird gemacht, was sich rechnet, nicht das, was medi-
1784 zinisch erforderlich und sinnvoll ist. Dies erzeugt Über-
1785 versorgung und Unterversorgung zugleich, die Vergü-
1786 tungssysteme erzeugen Fehlanreize, die die bestmögli-
1787 che Versorgung verhindern.

1788
1789 Innovationen stehen meist in engem Zusammenhang
1790 mit den besten Verkaufschancen, nicht mit dem größ-
1791 ten Nutzen für Patientinnen und Patienten.

1792
1793 Wir sind davon überzeugt, dass die Private Krankenver-
1794 sicherung keine Impulse für die bestmögliche Versor-
1795 gung erbringt. Zugleich erkennen wir mit Sorge, dass die
1796 Gesetzliche Krankenversicherung ihre Funktion als Ge-
1797 stalterin dieses Ziels nicht annimmt. Wir erwarten, dass
1798 hier gemeinsame Entwicklungen mit spezifischen Dif-
1799 ferenzierungsmodulen auf den Weg gebracht werden.

1800 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wol-
1801 len für derlei Veränderungen den Rahmen setzen, um
1802 bestmögliche Versorgung zu erreichen.

1803

1804 Wir wollen ein Gesundheitswesen, das

- 1805 • niedrigschwelligen Zugang für alle, unabhängig
- 1806 von Einkommen und sozialem Status sichert,
- 1807 • auf Solidarität statt auf Individualisierung beruht,
- 1808 • Innovationen schnell, kontrolliert und mit der not-
- 1809 wendigen Evaluation einführt
- 1810 • technologische Entwicklungen nutzt, aber den
- 1811 Menschen in den Mittelpunkt stellt,
- 1812 • als Ausgangspunkt das Versorgungsproblem – den
- 1813 / die PatientIn – sieht und nicht das Interesse des
- 1814 Leistungserbringers,
- 1815 • unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissen-
- 1816 schaftlern vertraut und nicht bezahltem Lobbyis-
- 1817 mus,
- 1818 • zügig durch politische Entscheidungen diesen Zie-
- 1819 len dienende Rahmenbedingungen erhält.

1820

1821 **Wir werden die Daseinsvorsorge stärken und dadurch**
1822 **auch die soziale Sicherheit und den Zusammenhalt ver-**
1823 **bessern**

1824

1825 Nur eine starke Daseinsvorsorge garantiert einen um-
1826 fassenden Zugang für alle zu allen notwendigen Gü-
1827 tern und Leistungen, und bekämpft soziale Ungleich-
1828 heit. Wir wollen stärkeres Engagement in der Daseins-
1829 vorsorge und eine Erweiterung der Angebote (kostenlo-
1830 ser und nachhaltiger ÖPNV).

1831

1832 Die NRWSPD steht für einen Kurswechsel in der Woh-
1833 nungspolitik. Hin zu einer Gemeinwohlorientierung vor
1834 Renditeinteressen.

1835

1836 **Wie wir uns diese Kursneubestimmung konkret vorstel-**
1837 **len, seht ihr in unserem Antrag LO5 „Wohnen ist ein so-**
1838 **ziales Menschenrecht und schafft Heimat für alle – Dar-**
1839 **um: Bezahlbarer und lebenswerter Wohnraum für alle**
1840 **Menschen in Nordrhein-Westfalen“.**

1841

1842 Auch der angemessene Zugang zu den Mitteln der Digi-
1843 talisierung gehört mittlerweile zu den sozialen Kernbe-
1844 dürfnissen und wird von uns berücksichtigt und für alle
1845 Altersgruppen garantiert.

1846

1847 **Soziale Sicherheit kann nur durch einen starken und aus-**
1848 **kömmlich finanzierten Staat gewährleistet werden**

1849

1850 Daher werden wir die Steuerhinterziehung konsequent
1851 verfolgen und bestrafen. Wir werden Steuerflucht ver-
1852 hindern, denn dies ist keine Bagatelle, sondern eine
1853 Straftat. Es ist ungerecht, dass der immer größer wer-
1854 dende Teil des Steueraufkommens aus Steuern auf Ar-
1855 beit bestritten wird und weniger aus Kapital- und Ver-
1856 mögenssteuern. Wir werden den Spitzensteuersatz und
1857 die Reichensteuer erhöhen, ebenso Steuern auf Kapi-

1858 talerträge, werden die Erbschaftssteuer reformieren,
1859 die Vermögenssteuer wieder erheben und eine Finanz-
1860 transaktionssteuer einführen. Ziel ist ein transparentes
1861 und gerechtes Steuerrecht.

1862

1863 **Wie wir uns diese Kursneubestimmung konkret vorstel-**
1864 **len, seht ihr in unserem Antrag L03 Handlungsfähigkeit**
1865 **stärken – Solidarität erneuern: Für einen starken solida-**
1866 **rischen Staat!**

1867

1868 **2.4 Solidarische Gesellschaft**

1869

1870 *Unser Leitmotiv: Zusammenhalt stärken*

1871 *Unser Versprechen: Vielfalt und Zusammenhalt*

1872 *Unsere Ziele: Offene Gesellschaft und Partnerschaftlicher*
1873 *Staat*

1874

1875 Eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit ist
1876 es, den sozialen Frieden zu sichern. Sozialer Frieden ent-
1877 steht durch Solidarität. Solidarität ist die Bereitschaft,
1878 füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu unter-
1879 stützen. Für den Menschen in der Gesellschaft ist sie ein
1880 Gefühl, für den Menschen im Staat ist sie eine Tugend.
1881 Aus dieser doppelten Bestimmung heraus ist Solidarität
1882 das Leitprinzip unserer Politik.

1883

1884 Solidarität ist der Kitt, der unsere Gesellschaft zusam-
1885 menhält. Sie kann staatlich nicht verordnet und er-
1886 zwungen werden. Wohl aber kann und muss der Staat
1887 nach unserer Überzeugung die Voraussetzung schaffen,
1888 dass gelebte Solidarität in unserer Mitte günstige Be-
1889 dingungen vorfindet. Nur wer Solidarität vorlebt, kann
1890 sie einfordern.

1891

1892 Eine solidarische Gesellschaft setzt einen starken und
1893 handlungsfähigen Staat voraus, der Würde, freie Selbst-
1894 bestimmung und soziale Verantwortung des Menschen
1895 ermöglicht und vor einer Ökonomisierung aller Lebens-
1896 bereiche wirksam schützt. Das heißt vor allem: Der
1897 Mensch muss wieder im Mittelpunkt stehen.

1898

1899 Gute Arbeit, ein Sicherheit bietender Sozialstaat, glei-
1900 cher Zugang zu Bildung sowie Investitionen in zukunfts-
1901 fähige Infrastruktur und neue wirtschaftliche Impulse
1902 sind notwendige Handlungsstränge für Chancengleich-
1903 heit und Teilhabe für alle, für Inklusion und Integration,
1904 dafür, in Vielfalt eine Bereicherung und Stärke zu sehen
1905 – kurz für eine solidarische Gesellschaft.

1906

1907 Von einer gerechten und solidarischen Gesellschaft
1908 kann nur die Rede sein, wenn mindestens in grundle-
1909 genden Fragen der öffentlichen Daseinsvorsorge glei-
1910 che Bedingungen zwischen Stadt und Land, zwischen
1911 strukturstarken und strukturschwachen Regionen und
1912 zwischen den einzelnen Quartieren unserer Städte herr-
1913 schen. Neben einer notwendigen Umverteilung von
1914 oben nach unten liegt in der Angleichung der Lebens-
1915 verhältnisse in unserem Land der Schlüssel zum Zusam-

1916 menhalt der Gesellschaft.
 1917
 1918 Wir dürfen jedoch nicht den Fehler begehen und An-
 1919 erkennung – die Bedingung von Solidarität – auf ei-
 1920 ne ökonomische Größe reduzieren. Die Stärkung öko-
 1921 nomischer Verteilungsgerechtigkeit ist eine notwendi-
 1922 ge Bedingung einer solidarischen Gesellschaft, aber kei-
 1923 ne hinreichende und nicht mit ihr zu verwechseln. Eine
 1924 solidarische Gesellschaft braucht mehr, und ein solida-
 1925 rischer Staat tut mehr.
 1926
 1927 **Eine solidarische Gesellschaft braucht handlungsfähige**
 1928 **Kommunen**
 1929
 1930 In unseren Städten und Gemeinden haben die Men-
 1931 schen die meisten Berührungspunkte mit Staat und Po-
 1932 litik. Auf kommunaler Ebene hat jeder und jede Einzel-
 1933 ne die größten Gestaltung- und Einflussmöglichkeiten.
 1934 Deshalb müssen die 396 Städte und Gemeinden in un-
 1935 serem Land an 365 Tagen im Jahr für ein lebenswertes
 1936 Nordrhein-Westfalen sorgen. Das sicherzustellen, wird
 1937 für viele Kommunen von Tag zu Tag schwerer. In zu vie-
 1938 len Städten erleben Menschen, dass Kultur- und Sport-
 1939 angebote zurückgefahren und Förderungen der Jugend-
 1940 arbeit gestrichen werden, öffentliche Infrastruktur ver-
 1941 fällt und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger
 1942 sinkt. Verlust von Vertrauen und steigende Unzufrie-
 1943 denheit finden sich vor allem dort, wo sich Menschen
 1944 – unabhängig vom eigenen sozialen Status – von Poli-
 1945 tik und Staat verlassen fühlen. Gerade in einer Gesell-
 1946 schaft, in der traditionelle Orte der Gemeinschaft an Be-
 1947 deutung verlieren, müssen wir deshalb den Städten und
 1948 Gemeinden und damit in erster Linie den Bürgerinnen
 1949 und Bürgern wieder Handlungsfelder eröffnen und Ge-
 1950 staltungsraum geben.
 1951
 1952 Wir haben die Kommune, das Basiccamp der Demokra-
 1953 tie, in den vergangenen Jahrzehnten überfordert. Die
 1954 Hälfte der sozialen Leistungen wird heute auf kom-
 1955 munaler Ebene getragen. Das Konnexitätsprinzip hieß
 1956 am Ende zu oft: „Den letzten beißen die Hunde!“ Heu-
 1957 te befinden sich finanzschwache Kommunen deshalb
 1958 in einem Teufelskreis. Sie sind nicht mehr in der Lage,
 1959 aus eigener Kraft für ihre Bevölkerung vergleichbar gu-
 1960 te Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven zu er-
 1961 möglichen. Weil Steuern gesenkt wurden und der Bund
 1962 die Lasten der Sozialgesetzgebung stärker den Kommu-
 1963 nen aufgebürdet hat, ohne für eine ausreichende Fi-
 1964 nanzierung zu sorgen, haben wir zugelassen, dass sich
 1965 unter den Städten Globalisierungsverlierer ausgebildet
 1966 haben. Durch strukturelle Krisen sanken Wirtschafts-
 1967 leistungen und damit auch die Steuerkraft. Die soziale
 1968 Folge: Auch die Soziallasten stiegen, weshalb Geld für
 1969 Investitionen und den Erhalt fehlten.
 1970
 1971 Der Stärkungspakt Stadtfinanzen war eine richtige und
 1972 erfolgreiche Maßnahme, um hier gegenzusteuern. Nun
 1973 müssen aber kurzfristig weitere Schritte folgen: Um

1974 Kommunen wieder handlungsfähig zu machen und so
1975 den Menschen wieder die Möglichkeit zu geben, das
1976 Leben auch in ärmeren Städten zu gestalten, sind drei
1977 Schritte notwendig: Zuerst müssen alte Kassenkredite,
1978 die Kommunen in der Regel nicht selbst verschuldet ha-
1979 ben, in einen Altschuldenfonds unter Beteiligung von
1980 Bund und Land überführt werden. Zweitens muss ver-
1981 hindert werden, dass neue Kassenkredite auflaufen. Da-
1982 für müssen die Haushalte der Kommunen ausgeglichen
1983 werden. Sie müssen aber vor allem substanziell von So-
1984 ziallasten befreit werden. Drittens benötigen wir zielge-
1985 richtete Hilfe für jene Kommunen, die über Jahre nega-
1986 tiv von einem Strukturwandel geprägt wurden.

1987
1988 Auch die von der Bundesregierung eingesetzte Kommis-
1989 sion „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hat Maßnah-
1990 men entwickelt, die den Kommunen mit Altschulden
1991 und hohen Kassenkrediten helfen, dauerhaft auf eige-
1992 nen Füßen zu stehen. Klar ist, dass der Bund hier seiner
1993 finanziellen Verantwortung nachkommen muss, um die
1994 zu großen Teilen durch den Bund verursachte Anhäu-
1995 fung von Kosten bei den Kommunen zu beseitigen.

1996
1997 Bund, Länder und Gemeinden haben gemeinsam die
1998 Aufgabe, für gute Lebensbedingungen der Bürgerinnen
1999 und Bürger in ihrer Stadt, ihrer Gemeinde und ihrer Re-
2000 gion zu sorgen.

2001
2002 **Eine solidarische Gesellschaft ist eine freie Gesellschaft –**
2003 **Deshalb sorgen wir für Sicherheit für alle**

2004
2005 Die SPD ist die Partei der Freiheit. Wir kämpfen für
2006 Freiheitsrechte und politische Teilhaberechte, aber auch
2007 für eine staatliche Gemeinschaft, die durch aktives Tun
2008 die Voraussetzungen für ein freiheitliches Leben aller
2009 schafft. Eine Abwägung von Freiheit gegen Sicherheit
2010 kann es nie geben, denn wir streben Sicherheit nicht als
2011 Selbstzweck an, sondern als ein Mittel, um Freiheit zu
2012 ermöglichen.

2013
2014 Hieraus folgt, dass sicherheitspolitische Maßnahmen
2015 in möglichst schonenden Ausgleich mit Bürgerrechten
2016 zu bringen sind. Dieser Grundsatz ist in den letzten
2017 Jahren durch politische Entscheidungen eklatant miss-
2018 achtet worden. Wir lehnen es daher ab, alle Bürgerin-
2019 nen und Bürger unter einen Generalverdacht zu stel-
2020 len und tatverdachtsunabhängig zu Adressaten poli-
2021 zeilicher Maßnahmen zu machen. Menschen, die sich
2022 rechtmäßig verhalten, müssen vor Grundrechtseingrif-
2023 fen allein aufgrund vermuteter böser Gedanken ge-
2024 schützt werden. Die Unschuldsvermutung sowie das
2025 Recht auf Privatheit und Datensouveränität müssen
2026 umfassend gewährleistet werden. Das Strafrecht als
2027 schärfstes Schwert des Rechtsstaats darf nur als aller-
2028 letztes Mittel eingesetzt werden und darf nur an Hand-
2029 lungen anknüpfen.

2030
2031 Sicherheit darf nicht zum Privileg für Reiche werden,

2032 sondern muss von einem handlungsfähigen Staat flächendeckend gewährleistet werden. Sozialdemokratische Sicherheitspolitik setzt daher nicht auf markige Sprüche, öffentlichkeitswirksame Razzien oder eine Abschaffung von Freiheitsrechten. Wir bieten Schutz vor Straftäterinnen und Straftätern durch eine ausreichende Anzahl gut ausgebildeter und ausgestatteter Polizistinnen und Polizisten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz. Auch wenn die Kriminalität insgesamt sinkt, müssen wir Gefühle der Unsicherheit ernst nehmen. Angsträume müssen umgestaltet werden und im Bedarfsfall muss die Polizei schnell und verlässlich zur Stelle sein und das Recht effektiv durchsetzen. Rechtsfreie Räume darf es nicht geben.

2046
2047 Strafen und unmittelbarer Zwang sind für uns nur das allerletzte Mittel einer erfolgreichen Kriminalpolitik. Wir setzen auf Vorbeugung. Die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik. Wir brauchen Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt, z.B. in Integration, gute Bildung und Arbeit.

2053
2054 Wir wollen Gefängnisstrafen möglichst vermeiden, insbesondere Ersatzfreiheitsstrafen für Menschen, die nur deshalb eingesperrt werden, weil sie die Geldstrafe nicht bezahlen können. Stattdessen wollen wir andere Sanktionsformen etablieren, die schuldangemessen sind und neben einem Strafübel auch Unterstützungsangebote beinhalten. Auch bei Bewährungsstrafen schaffen wir die Voraussetzungen, dass mehr Bewährungsaufgaben verhängt werden können, die ein spürbares Strafübel mit flankierenden Unterstützungsangeboten kombinieren. Bei der Vollstreckung von Gefängnisstrafen sollen Gefangene dazu befähigt werden, sich nach ihrer Strafe in unsere Gesellschaft zu (re)integrieren und ihr Leben künftig straffrei zu führen.

2068
2069 Wir schaffen alle Ansätze von Klassenjustiz ab: Reiche und superreiche Kriminelle dürfen sich nicht durch Zahlung hoher Geldbußen ihrem Strafverfahren entziehen können. Zur wirksamen Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität führen wir ein Unternehmensstrafrecht ein.

2075
2076 Bei Bagatell-Kriminalität wie Schwarzfahren setzen wir hingegen auf Entkriminalisierung, weil Freiheitsstrafen hier unverhältnismäßig sind und Polizei und Justiz sich auf wirkliches Kriminalunrecht konzentrieren sollen.

2080
2081 Sicherheit für jeden und jede bedeutet mehr als nur formale Gleichheit vor dem Gesetz. Alle Menschen müssen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Geldbeutel und Bildungsstand zu ihrem Recht kommen. Die Justiz muss besser ausgestattet werden, um jedem Einzelfall gerecht zu werden und dennoch lange Verfahrensdauern zu vermeiden. Wir schaffen die Voraussetzungen, dass Menschen auch real den gleichen Zugang zum Recht erhalten. Wir wollen ein flächendeckendes

2090 und niedrigschwelliges Rechtsberatungsangebot sowie
2091 einen Ausbau von Beratungsstellen für Schuldnerinnen
2092 und Schuldner und allgemeiner Sozialberatung. Außer-
2093 dem fordern wir einen massiven Ausbau von Beratungs-
2094 und Prozesskostenhilfe, damit alle Menschen ihr Recht
2095 auch tatsächlich durchsetzen können.

2096

2097 **Eine solidarische Gesellschaft braucht ehrenamtliches En-**
2098 **gagement**

2099

2100 Unsere Demokratie lebt von den Menschen, die sie tra-
2101 gen. Das sind in besonderem Maße die vielen ehrenamt-
2102 lich Aktiven aller Altersgruppen, die sich in Vereinen,
2103 Verbänden, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften,
2104 Parteien, Initiativen und Projekten engagieren. Wer sei-
2105 ne Zeit und seine Kraft in den Dienst anderer und der All-
2106 gemeinheit stellt, dem gebührt unser Respekt und un-
2107 sere Anerkennung. Sich ehrenamtlich zu engagieren be-
2108 deutet andererseits ein besonderes Maß an Teilhabe am
2109 gesellschaftlichen Leben und persönliche Entfaltungsmö-
2110 glichkeiten. Daher darf ehrenamtliches Engagement
2111 kein Privileg sein, dass von Herkunft oder Geldbeutel
2112 abhängt. Auch Menschen mit Beeinträchtigungen oder
2113 in besonderen Lebenslagen müssen ein Ehrenamt ih-
2114 rer Wahl ausüben können. Wertschätzung und Öffnung
2115 von Ehrenamt für alle sind die Leitgedanken, denen un-
2116 ser politisches Handeln auch in Zukunft folgen wird.

2117

2118 Wer sich ehrenamtlich z.B. in einem Jugendverband
2119 oder Sportverein engagiert, will seine Zeit dort mit
2120 Tätigkeiten und Aufgaben verbringen, die Kern genau
2121 dieses Engagements sind und nicht mit langwierigen
2122 Antrags- und Nachweisverfahren. Außerdem entstehen
2123 durch vermeidbaren Verwaltungsaufwand Hürden, die
2124 Menschen davon abhalten, ehrenamtlich Verantwort-
2125 ung zu übernehmen. Wir setzen uns daher für die Ver-
2126 einfachung und – wo möglich und sinnvoll – für die
2127 Digitalisierung von Antrags- und Nachweisverfahren
2128 ein. Überall dort, wo fachbezogene Pauschalen möglich
2129 sind, sollen diese auch zum Tragen kommen. Ein Über-
2130 gangsschritt könnte sein, Projekte über den gesamten
2131 Programmzeitraum zu bewilligen und dadurch keine
2132 jährlich befristeten Verträge und jährliche Antragsstel-
2133 lungen notwendig zu machen. Ziel müssen jedoch Re-
2134 gelfinanzierungen sein. Wir wollen außerdem den Ver-
2135 waltungsballast bei der Vereinsführung reduzieren und
2136 das Steuerrecht für Vereine vereinfachen.

2137

2138 Für ehrenamtliches Engagement investieren unzählige
2139 Menschen viel – ihre Zeit, ihre Energie, ihre Fähigkei-
2140 ten und ihr Wissen. Wir sind der Auffassung, sie soll-
2141 ten als Zeichen der Wertschätzung ihrer Leistung an an-
2142 derer Stelle von der Solidargesellschaft etwas zurück-
2143 bekommen. Gleichzeitig wollen wir dafür sorgen, dass
2144 ehrenamtliches Engagement z.B. nicht an den Kosten
2145 für den Weg zum Ehrenamt scheitert. Wir werden da-
2146 her die Ehrenamtskarte NRW „Ehrensache“ aufwerten,
2147 in dem wir für ein landesweit einheitliches Angebot sor-

2148 gen, dass kostenlosen Eintritt in alle staatlichen und
2149 staatlich geförderten Kultur, Sport- und Freizeiteinrich-
2150 tungen, ein Anrecht auf kostenfreie öffentliche Weiter-
2151 bildungsangebote und ein landesweites ÖPNV-Ticket
2152 beinhaltet. Außerdem wollen wir uns dafür einsetzen,
2153 dass Studierende ihr Engagement auf ihre Studienleis-
2154 tungen anrechnen lassen können und ehrenamtliches
2155 Engagement in Bewerbungsverfahren stärker wertge-
2156 schätzt wird. Auch eine positive Anrechnung von Ehren-
2157 amt auf die individuelle Rente halten wir für erstrebens-
2158 wert.

2159
2160 Mit Sorge beobachten wir hingegen, wenn demokra-
2161 tische Haltung und Beiträge zum politischen Diskurs
2162 als Anlass genommen werden, um Vereinen und Ver-
2163 bänden die Gemeinnützigkeit in Abrede zu stellen. Ver-
2164 meintliche politische Neutralität darf nicht gegen eine
2165 klare Haltung für Menschenrechte und Demokratie aus-
2166 gespielt werden. Sie darf nicht als Alibi zur Verhinde-
2167 rung von Engagement missbraucht werden. Politisches
2168 Engagement, das unsere Demokratie stützt, ist aus un-
2169 serer Sicht Dienst an der Allgemeinheit im eigentlichen
2170 Sinne. Ehrenamtlich Engagierte müssen vor Übergriffen
2171 und Gewalt geschützt werden.

2172
2173 **Eine solidarische Gesellschaft setzt auf Kulturoptimismus**
2174

2175 Menschen sind kulturelle Wesen. Wir erheben den
2176 Anspruch, unsere Beziehungen als Menschen unter-
2177 einander und unsere Umgebung zu gestalten. Unser
2178 Selbstverständnis folgt stark beeinflussenden Denk-
2179 Konstrukten und Überzeugungen, die in einer Gemein-
2180 schaft und für den Einzelnen eine Relevanz entfalten
2181 konnten.

2182
2183 Derzeit befinden wir uns mitten in vor allem kulturell
2184 geprägten Auseinandersetzungen. Das Bild vom Men-
2185 schen, die Vorstellung einer guten Gesellschaft, die Auf-
2186 gaben und Reichweiten des Staates, die Rolle von Spra-
2187 che und Kommunikationsmitteln, das Bild von Arbeit
2188 und Technik und vieles mehr werden, mitunter gegen-
2189 sätzlichen, Auslegungen und Erzählungen unterworfen.
2190 Der Kampf um die Deutungshoheit ist in seinem Aus-
2191 gang offen.

2192
2193 Wir denken Kunst und Kultur dynamisch und notwen-
2194 dig in einer Rückkopplung zum freien, selbstbestimm-
2195 ten und mündigen Menschen, zur demokratischen Ver-
2196 fasstheit unseres Staates und zum Gedanken eines so-
2197 lidalischen Gemeinwesens, das reale Mitmachmöglich-
2198 keiten eröffnet und jedem, jeder Einzelnen einen Wert
2199 an sich beigibt. Der Wille und die Lust zur Aneignung
2200 von Kunst als Empfängerin und Empfänger und die
2201 Möglichkeit des und der Einzelnen sich künstlerisch aus-
2202 zudrücken sind zutiefst menschliche Bedürfnisse.

2203
2204 Kulturpolitik ist Zukunftspolitik, wenn sie sich den Fra-
2205 gestellungen der Zeit und den universellen Bedürfnis-

2206 sen zuwendet und den Künsten Spielräume zur Ausein-
2207 andersetzung eröffnet. Kunst und Kultureinrichtungen
2208 unterstützen uns wesentlich, sowohl bei der Begrün-
2209 dung einer stabilen und positiven Identität als auch da-
2210 bei, einen Zukunftsentwurf mittels umfassender und
2211 differenzierter Blickpunkte und Aushandlungsprozesse
2212 aufgrund eines Verständnisses von der Vielschichtigkeit
2213 und des Facettenreichtums menschlicher Existenz zu
2214 wagen.

2215

2216 Soziale Ungleichheit ist ein der kapitalistischen Gesell-
2217 schaft innewohnendes Übel. Ungebremster Kapitalis-
2218 mus führt zur Enteignung von Lebens- und Zukunfts-
2219 entwürfen. Hier ist auch die Kunst herausgefordert. Kul-
2220 turpolitik muss die Lebens- und Arbeitsbedingungen
2221 von Künstlerinnen und Künstlern in den Blick nehmen
2222 und für Verbesserung sorgen. Die Rechte von Künstle-
2223 rinnen und Künstlern müssen gewahrt bleiben, ihre –
2224 in mehrfacher Hinsicht – häufig prekäre Situation muss
2225 verbessert werden.

2226

2227 Menschen ist eigen, dass sie Orte der Begegnung, des
2228 Austausches und der Betätigung brauchen. Kulturor-
2229 te sind neben ihrer jeweiligen inhaltlichen Angebots-
2230 struktur besonders in diese Richtung zu entwickeln.
2231 Kultureinrichtungen sind zentraler Bestandteil von Da-
2232 seinsvorsorge und Treiber im Bereich der Inklusion.
2233 Kunst- und Kultureinrichtungen bedürfen für Produk-
2234 tionen und Betrieb einer perspektivisch sicheren Finan-
2235 zierung. Der Zustand bei Technik, Infrastruktur, Ver-
2236 waltung und Personal muss dringend verbessert wer-
2237 den. Kultureinrichtungen sind aber auch Bildungsein-
2238 richtungen und müssen ähnlich behandelt werden, so
2239 z.B. beim Anschluss an die digitale Welt. Kultureinrich-
2240 tungen müssen für alle offen sein. Kulturelle Bildung ist
2241 Teil des Fundaments der persönlichen Entwicklung ei-
2242 nes Menschen. Allen, aber insbesondere jungen Men-
2243 schen, muss sie frei zugänglich sein.

2244

2245 **Eine solidarische Gesellschaft kämpft um jede und jeden**
2246 **Einzelnen, macht ihren Feinden aber keine Zugeständnis-**
2247 **se**

2248

2249 Wir lassen nicht zu, dass Antisemitismus, religiöser
2250 und weltanschaulicher Extremismus, Radikalismus und
2251 Rassismus oder kurzum gruppenbezogene Menschen-
2252 feindlichkeit zu einer akzeptierten Position werden. Den
2253 Rechtsradikalen, die inzwischen im Bundestag, in Land-
2254 tagen und auch in vielen kommunalen Parlamenten sit-
2255 zen, bieten wir die Stirn.

2256

2257 Damit es nicht vermehrt rechte Menschenfänger sind,
2258 die Angebote für Kinder und Jugendliche schaffen, um
2259 diese so für ihre Zwecke zu missbrauchen, werden wir
2260 die Jugendsozialarbeit weiter stärken und ausbauen.
2261 Jugendsozialarbeit ist in allen Belangen wertvolle prä-
2262 ventive Arbeit und muss zugänglich für alle jungen
2263 Menschen sein.

2264

2265 Doch junge Menschen benötigen nicht nur die richti-
 2266 gen Angebote, sondern auch die notwendige Zeit, um
 2267 diese Angebote nutzen zu können. Für uns ist es da-
 2268 her ein notwendiger Auftrag, die Zeiten in den Schulen,
 2269 der Ausbildung, im Studium aber auch im Beruf auf den
 2270 Prüfstand zu stellen und allen Menschen ausreichend
 2271 Raum für Freizeit und Engagement zu verschaffen. Au-
 2272 ßerdem müssen wir Jugendliche ernster nehmen. Wir
 2273 setzen uns weiter dafür ein, das Wahlalter in NRW und
 2274 langfristig auch auf anderen Ebenen auf 16 Jahre zu sen-
 2275 ken.

2276

2277 Darüber hinaus wollen wir, dass die schon bestehen-
 2278 den Projekte, aber auch zukünftige Programme zur De-
 2279 mokratiestärkung und gegen gruppenbezogene Men-
 2280 schenfeindlichkeit finanziell dauerhaft auf sicherere Fü-
 2281 ße gestellt werden. Menschen, die dort wichtige Arbeit
 2282 leisten, brauchen Planbarkeit für ihre Arbeit. Sie dür-
 2283 fen sich nicht durch fortgesetzte Befristung und büro-
 2284 kratische Hürden stets neuer Antragsstellungen in ih-
 2285 rer Existenz bedroht sein. Die persönliche Sicherheit von
 2286 Menschen, die an der Thematik arbeiten oder sich enga-
 2287 gieren ist uns besonders wichtig. Meldeauskunftssper-
 2288 ren, andere ladungsfähige Adressen als die persönliche
 2289 Anschrift und der Opferschutz sind hierzu notwendige
 2290 Bausteine. Behörden müssen hierfür sensibilisiert und
 2291 ertüchtigt werden im Sinne der betroffenen Menschen
 2292 zu handeln.

2293

2294 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass jede Schülerin und
 2295 jeder Schüler einmal eine Holocaust-Gedenkstätte be-
 2296 sucht. Diese Besuche müssen tiefgehend vor- und auch
 2297 nachbereitet werden. Dazu bedarf es entspricht ge-
 2298 schulter Lehrerinnen und Lehrer. Hierzu wollen wir die
 2299 Curricula der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern,
 2300 aber auch die Lehrpläne anpassen. Die schon existie-
 2301 renden, sehr guten Angebote von außerschulischen Bil-
 2302 dungseinrichtungen sollen hierzu ausdrücklich mit ein-
 2303 bezogen werden.

2304

2305 Letztlich müssen wir auch uns selbst weiter in die
 2306 Pflicht nehmen. Wir werden ein stärkeres Bewusstsein
 2307 für Sprache als politisches Macht- und Gestaltungsele-
 2308 ment entwickeln und sensibel mit Begrifflichkeiten in
 2309 unserem Sprachgebrauch umgehen. Es gilt uns so zu
 2310 positionieren, dass nicht rechte Deutungen durch un-
 2311 bedachte Übernahme ihrer Themensetzung oder ihrer
 2312 Sprache adaptiert werden, im Gegenteil, dass diese ent-
 2313 larvt werden. Hierzu werden wir Konzepte erarbeiten,
 2314 um Mitglieder auf allen Ebenen – vom Ortsverein bis zur
 2315 Bundesebene – die für und durch unsere Partei leiten-
 2316 de Positionen einnehmen, in dieser Thematik zu schu-
 2317 len. Außerdem werden wir größere Klarheit und Konsis-
 2318 tenz in unserer Sprache und unsere Forderungen brin-
 2319 gen. Wir müssen sagen, was wir tun und tun, was wir
 2320 sagen.

2321

2322 **Eine solidarische Gesellschaft schließt alle ein**

2323

2324 Herkunft, Religion, Alter, Geschlecht, sexuelle Orien-
2325 tierung oder Identität, Beeinträchtigung oder Ausse-
2326 hen dürfen keine Gründe sein, um Menschen eine ge-
2327 sellschaftliche oder politische Teilhabe vorzuenthalten
2328 oder diese zu erschweren. Denn sozialer Frieden und Zu-
2329 sammenhalt funktionieren nur, wenn Menschen nicht
2330 gegeneinander ausgespielt werden und Chancengleich-
2331 heit gewährleistet ist. Keinem Menschen, egal ob neu-
2332 eingewandert oder in Deutschland geboren, darf der
2333 Zugang zu Bildung erschwert oder verweigert werden.
2334 Denn gute Bildung ist der Schlüssel für eine tragfähige
2335 Demokratie und für eine solidarische Gesellschaft. Der
2336 Blick muss sich also zukünftig statt auf defizitorientier-
2337 tes Denken und Handeln auf Ressourcenwahrnehmung
2338 und Wertschätzung richten.

2339

2340 Die Sensibilisierung rund um die Thematik der gruppen-
2341 bezogenen Menschenfeindlichkeit ist für uns ein hohes
2342 Ziel. Daher muss sie von der Kita, über Schule, Hoch-
2343 schule und Ausbildung bis in den Berufsalltag thema-
2344 tisiert werden. Ein Brückenschlag in die Praxis sind für
2345 uns flächendeckende Schulungen (Diversity-Trainings).

2346

2347 Vorurteile und Stereotype müssen sowohl in der Mehr-
2348 heitsgesellschaft als auch in den diversen Minderheits-
2349 gesellschaften abgebaut werden. Hierfür muss Politik
2350 mit gutem Beispiel vorangehen und eine Öffnung der
2351 eigenen Strukturen ernsthafter und zielgerichteter vor-
2352 antreiben.

2353

2354 Alle hier formulierten Ziele und Maßgaben gelten für al-
2355 le Menschen, egal ob mit oder ohne Einwanderungsge-
2356 schichte, unabhängig davon, ob sie in Deutschland ge-
2357 boren sind, schon lange hier leben, neu eingewandert
2358 sind oder dies in Zukunft tun werden. Deshalb müssen
2359 wir, um die integrationspolitischen Fehler der Vergan-
2360 genheit nicht zu wiederholen und um den Zusammen-
2361 halt der Gesellschaft zu sichern, in der Migrations- und
2362 Geflüchtetenpolitik umsteuern.

2363

2364 Wir brauchen eine menschenwürdige Asylpolitik ohne
2365 „Lager“ und Transitzentren sowie ein individuelles Asyl-
2366 recht mit Einzelfallprüfung. Wir brauchen Integrations-
2367 und Sprachkurse für alle Menschen, die den Bedarf ha-
2368 ben. Außerdem wollen wir den Austausch zwischen ver-
2369 schiedenen gesellschaftlichen Gruppen fördern, indem
2370 wir Vereine und Verbände, die sich öffnen und Koopera-
2371 tionen eingehen, besonders unterstützen.

2372

2373 **Die solidarische Gesellschaft ist international**

2374

2375 Internationale Solidarität bedeutet, dass Miteinander
2376 und Geschwisterlichkeit nicht an nationalstaatlichen
2377 Grenzen oder den EU-Grenzen enden. Es bedeutet, na-
2378 tionale Standort- und Wettbewerbspolitik im Geiste ei-
2379 nes fairen Miteinanders zu überwinden. Wir sind heu-

2380 te mehr als zuvor aufeinander angewiesen, wir bewoh-
2381 nen einen Planeten mit seinen begrenzten Ressourcen.
2382 Somit ist die soziale Frage eine internationale. Deswe-
2383 gen muss Solidarität global sein. Unsere Aufgabe ist es,
2384 ökonomische und demokratische Strukturen so zu ver-
2385 ändern, dass für alle Menschen ein gutes Leben möglich
2386 ist. Wir müssen die neoliberale Ausrichtung der Globali-
2387 sierung bekämpfen, die einseitig Konzerninteressen be-
2388 dient, während die Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-
2389 mer, die den Reichtum erwirtschaften, zunehmend auf
2390 der Strecke bleiben.

2391
2392 Es geht also nicht um weniger als um die Frage nach
2393 einer sozial gerechten Weltordnung, nach einer solida-
2394 rischen Weltgesellschaft, die auf Verteilungsgerechtig-
2395 keit beruht. Unsere Aufgabe in den kommenden Jah-
2396 ren wird darin bestehen, eine neue Solidarität unter ver-
2397 meintlich unversöhnlichen Akteurinnen und Akteuren
2398 herzustellen. Wir im globalen Norden stehen mit un-
2399 serer Handelspolitik, unserer Produktions- und Lebens-
2400 weise in direktem Zusammenhang mit denen im globa-
2401 len Süden, die für uns Produkte – meist zu ihren Las-
2402 ten und mit immensen ökologischen Kosten – herstel-
2403 len. Wir müssen Antworten auf die zentrale Frage fin-
2404 den, wie wir gut leben können, ohne dass andere für
2405 uns unter erbärmlichen und menschenunwürdigen Be-
2406 dingungen arbeiten müssen. Hierzu gehören zuvorderst
2407 eine faire Handelspolitik der EU und eine faire weltwei-
2408 te Steuerpolitik gegenüber dem globalen Süden sowie
2409 deutliche Regulierungsschritte hin zu einer ressourcen-
2410 schonenderen Produktionsweise. Eine international so-
2411 lidarisch gestaltete Politik, die allen Menschen eine le-
2412 benswerte Zukunft eröffnet, ist gleichzeitig die beste
2413 Bekämpfung von Fluchtursachen.

2414
2415 **Ein Wort zum Schluss**

2416
2417 Eine Zukunft unter dem Titel „Rot Pur!“ orientiert sich
2418 nicht an Ressortgrenzen, sondern an starken Werten.
2419 Deshalb denkt die Sozialdemokratie Strukturpolitik und
2420 Kulturpolitik, Kriminal- und Sozialpolitik, Bildungs- und
2421 Integrationspolitik zusammen – von der Kommune bis
2422 zur Weltgemeinschaft. Einer dieser Werte ist die Solida-
2423 rität, zur Ermöglichung von Freiheit.

2424
2425 Unsere Politik für eine solidarische Gesellschaft zielt
2426 deshalb auf drei Dimensionen, die wir nicht an den poli-
2427 tischen Institutionen, sondern am Alltag der Menschen
2428 orientieren. Denn jeder Mensch ist ein Teil der solidari-
2429 schen Gesellschaft. Deshalb...

2430
2431 ...bauen wir auf solidarische Orte. Wir stärken die Kom-
2432 munen, um sie als nötiges Korrektiv in einem födera-
2433 tiven Bundesstaat zu erhalten und sie zugleich als den
2434 hervorragenden Ort politischer Bildung anzuerkennen.

2435
2436 ...denken wir den Menschen als solidarisches Individu-
2437 um. Wir setzen Rechte und Pflichten zwischen Staat und

2438 Gesellschaft wieder in ein gutes Verhältnis, um für Frei-
2439 heit und Sicherheit zu sorgen.

2440

2441 ...schätzen wir solidarisches Handeln wert. Wir stärken
2442 Ehrenamt und Engagement vor Ort. Wir stärken Ju-
2443 gendsozialarbeit weiter und intensivieren Integrations-
2444 bemühungen.

2445

2446 ...fördern wir, was solidarisches Handeln fördert. Wir si-
2447 chern Kultureinrichtungen ab und stärken die Rechte
2448 der Künstlerinnen und Künstler.

2449

2450 ...geht unsere Solidarität über Grenzen hinaus. Wir ma-
2451 chen solidarisches Handeln zum Leitprinzip internatio-
2452 naler Politik.

2453

2454 3. Fazit

2455

2456 Die NRWSPD ist sich bewusst: Vor uns liegt ein lan-
2457 ger Weg und wir sind erst ein Stück des Weges ge-
2458 gangen. Aber wir wissen, dass es gemeinsam gelingen
2459 kann. Hierfür muss sich die deutsche Sozialdemokratie
2460 ihrer Stärken besinnen und ihrer Aufgaben für die Ge-
2461 sellschaft erinnern. Wir wollen die bevorstehende Um-
2462 wälzung unserer Partei und bevorstehende Umbrüche
2463 in unserer Gesellschaft endlich als Chance und Pflicht
2464 zum konsequenten Handeln begreifen. Die Sozialdemo-
2465 kratie war nie Selbstzweck und dann stark wie geeint,
2466 wenn sie für andere Hoffnung und Versicherung in Zei-
2467 ten des Umbruchs war. Diese Themen, Zusammenhalt
2468 in der Gesellschaft, handlungsfähiger Staat, bezahlba-
2469 res Wohnen, Aufstieg durch Bildung und eine Arbeit, die
2470 sich lohnt in einem sozialen Europa stellen wir als NRW-
2471 SPD in den Mittelpunkt unserer Politik und erneuern so
2472 unsere sozialdemokratischen Zukunftsversprechen. Auf
2473 dem Parteitag vor einem Jahr haben wir diesen Kurs als
2474 Jahrzehnt der sozialen Investitionen und Innovationen,
2475 ja als sozialdemokratisches Jahrzehnt bezeichnet. Denn
2476 der Staat, den wir uns vorstellen, wird wieder in der Lage
2477 sein, für gleichen und gerechten Zugang zu Bildung und
2478 Arbeit zu sorgen, er wird wieder dafür sorgen können,
2479 dass genügend bezahlbare Wohnungen gebaut werden
2480 und endlich die vielerorts verrottete Infrastruktur repa-
2481 riert wird: Schulen, Schwimmbäder, Brücken, Straßen,
2482 Schienen, das heißt Daseinsvorsorge, Mobilität und Gi-
2483 gabit für alle – in Stadt und Land, öffentliche Sicherheit
2484 in jedem Viertel.

2485

2486 Auf diese Weise schreiben wir einen neuen, modernen,
2487 fortschrittszuversichtlichen und sozial gerechten Ent-
2488 wurf für die Zukunft unseres Landes. Dabei orientieren
2489 wir uns an einem Gesellschafts- und Menschenbild, das
2490 anerkennt, dass Freiheit für jede Einzelne und jeden Ein-
2491 zeln nur durch Solidarität aller möglich ist.